

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Donnerstag, den 24. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Zusammenbruch des Agrarschutzes.

Enquêtes haben gemeinhin den Zweck, die Abhilfe von Nöten mit wissenschaftlicher Gründlichkeit zu begründen. Der seltene Fall aber, daß die Ergebnisse einer Enquete so niederschmetternd sind, daß auch die regierende Bürokratie nicht mehr daran denken kann, das Übel zu vertuschen, hat sich soeben in Bayern ereignet.

Als das Staatsministerium des Inneren am 10. Oktober eine außerordentliche Viehzählung vornehmen ließ, hatte es vielleicht gehofft, mit den gemauerten Ergebnissen den Schrei nach Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh und Fleisch ziffernmäßig beschwichtigen zu können. Nach dem alten, jetzt wieder besonders in Preußen beliebten Rezept: das Volk ruft: Braten! Die Regierung antwortet: Beraten!

Die Ergebnisse der Zählung aber bedeuten nichts mehr und nichts weniger als den völligen Zusammenbruch der deutschen Agrarschutzpolitik. Man wußte freilich schon seit den Ergebnissen der letzten Gewerbezählung, daß die deutsche Vieh- und Fleischproduktion bei absoluter Zunahme doch erheblich hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurückgeblieben war. Die neue Viehzählung Bayerns, also des Staates mit der verhältnismäßig höchsten mittelbäuerlichen Bevölkerung und mit einem Parlament, in dem nicht nur das agrarische Zentrum, sondern die Zweidrittelmehrheit hat, sondern in dem auch die anderen bürgerlichen Parteien durchaus agrarisch gestimmt sind, hat für immer die Lüge entlarvt, daß durch den Agrarschutz der hohen Zölle und Sperrn die nationale Landwirtschaft in den Stand gesetzt werden solle, den einheimischen Bedarf aus eignen Kräften zu befriedigen.

Es ist noch der geringste Wert dieser Enquete, welche die bayerische Regierung doch nach einigem Zögern veröffentlichte, daß wir nun statistisch die Ursache der ungeheuren Fleischteuerung in dem Mangel an verfügbarem Schlachtvieh nachgewiesen erhalten; daß die Teuerung nunmehr zugegeben und die Viehnot bewiesen ist. Das wußte man schon vorher, trotz des schamlosen Hohnes der Agrarpresse über den Fleischnotmangel. Jetzt wissen wir aber, in welchem beispiellosen Maße der sogenannte Agrarschutz zum Raubbau gerade in der kleinen und mittleren Landwirtschaft geführt, die Produktion gelähmt und endlich durch die den Sunkereisen angepaßte Politik gerade die Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung, nicht nur die der Konsumenten, verhängnisvoll verschlechtert hat.

Das wichtigste Ergebnis der Zählung ist der nicht nur relative, sondern absolute Rückgang des Viehbestandes. Gegen die Zählung vom Dezember 1907, also binnen drei Jahren, hat sich die Zahl der Rinder um die ungeheure Zahl von 239 693 Stück, von 3 725 430 auf 3 485 737, also um 6,4 Prozent vermindert. Der Bestand der Schafe hat um 96 981, das sind um 13,2 Prozent, abgenommen; Zugenommen haben allerdings die Schweine um 179 209 Stück = 8,7 Prozent. Aber abgesehen davon, daß von diesen Schweinen ein zunehmender Teil wieder ausgeführt wird und dieses Mehr natürlich den Rückgang an Rindern und Schafen nicht entfernt auszugleichen vermag, so wird in der amtlichen Auslassung ausdrücklich erklärt, daß das Fortschreiten der Schweinehaltung nur dann von Dauer sein würde, wenn die diesjährige Kartoffelernte gut sein sollte, die aber nichts weniger als günstig ist.

Die Ziffern verschärfen sich noch durch die Erscheinung, daß gerade das Jungvieh von drei Monaten bis zu zwei Jahren um nicht weniger als 17,7 Prozent abgenommen hat, in der Oberpfalz sogar um 21,9 Proz., in Niederbayern 21,1 Proz.

Auf den vier wichtigsten Viehmärkten wurden im laufenden Jahre gegen das Vorjahr 2508 Rinder und 7258 Kälber bloß in den beiden Monaten September und Oktober weniger zugetrieben. Daß unter diesen Umständen die Preise wuchernd in die Höhe gehen, bedarf danach keiner näheren Begründung. Die Preise für Ochsenfleisch haben im Oktober in bayerischen Städten 90 Pfg. erreicht, für Kalbfleisch in München und Nürnberg 88, in Augsburg 90 Pfg. Das Schweinefleisch kostet in München 91, in Nürnberg und Augsburg 90 Pfg. Die Preise für Schweinefleisch sind trotz des vermehrten Auftriebs und des Rückgangs des Preises für Schlachtschweine um 1—3 Mark für den Zentner nirgend gesunken.

Die Regierung hat sich bei ihrer Untersuchung über die Gründe dieses Rückgangs der bayerischen Viehproduktion nicht nur an die Verwaltungsbehörden, sondern an

die landwirtschaftlichen Interessensvertretungen gewandt. Man darf also von vornherein annehmen, daß die Zusammenstellung der Ursachen agrarisch gefährlich ist. Viele agrarischen Gründe widersprechen sich denn auch, wie Schwindelen sich stets widersprechen. Da wird als ein Grund für den Rückgang der Rinderzucht angegeben der durch die Rücksicht auf die Dienstboten veranlaßte Mehrverbrauch von Fleisch in den ländlichen Haushaltungen. Es ist unerfindlich, warum deshalb weniger Rinder gezüchtet werden sollen, wenn mehr gebraucht werden. Gleich dahinter aber liest man als andern Grund: Mangel an Dienstboten. Es müssen sonach offenbar die weniger gezüchteten Rinder von den nicht vorhandenen Dienstboten in gefährlicher Gier vertilgt worden sein.

Aber auch diese agrarische Ursachenklitterung muß nicht nur die quantitative Verminderung, sondern auch die qualitative Verschlechterung des Viehbestandes zugeben: die ruindöse Ausnutzung der Tiere durch die Milch- und Käsewirtschaft, die Degeneration der Rinde durch den gebäruntüchtig machenden Scheidenkatarrh. Daneben wird auf die ungünstige Futterernte, besonders aber auf die nach Menge und Güte ungenügende Heuernte des Vorjahres hingewiesen. Endlich aber wird auch zugestanden, daß die auf die Bedürfnisse der Großgrundbesitzer des Ostens zugeschnittene Zollpolitik die bäuerliche Viehzucht leistungsunfähig macht: wegen der hohen Preise für Magervieh und für Kraftfutter wird die Rindermast unlohnend. Deshalb hat auch der bayerische Landwirtschaftsrat kürzlich die Aufhebung der Einfuhrzölle für Futtergerste und Mais sowie die Ermäßigung der Frachttarife für Futtermittel vorgeschlagen.

Der Sunker beutet mithin durch seine Zollpolitik den Bauern heute noch ebenso aus wie vordem durch die Selbstgenusschaft und Geburtenhäufigkeit. Und das die bäuerlichen Interessen angeblich vertretende Zentrum hat mit den industriekundlichen Liberalen zusammen diese Zollpolitik gemacht, die gleichermaßen die Bauern schädigt, die Industrie schwerer befaßt als alle sozialpolitischen Gesetze, und die konsumierende Bevölkerung durch Verschlechterung, Verringerung und Verfeuerung der notwendigen Nahrung wirtschaftlich auswuchert und körperlich vermisst.

Die bayerische Regierung wagt nach den Ergebnissen dieser zerstückelnden Enquete trotz ihrer Angst vor dem Zentrum nicht mehr den Notstand abzuleugnen und rafft sich zu dem Entschluß auf, die Einfuhr von Schlachtvieh aus Frankreich auch nach Bayern zu ermöglichen. Ferner hat sie bei der Reichsleitung Schritte getan, um eine Erleichterung der Einfuhr von Schlachtvieh aus Dänemark herbeizuführen.

Es gibt nur ein durchgreifendes Heilmittel: die vollständige Öffnung der Grenzen, die Aufhebung der Zölle für Futtermittel zugleich und für Vieh, die unbehinderte Zulassung frischen und verarbeiteten Fleisches aus Amerika. Der Zollschutz hat nach den unüberleglichen Zahlen der bayerischen Enquete die nationale Produktion nicht gefördert, sondern schwer beeinträchtigt — bis zur Verwüstung des quantitativen und qualitativen Viehbestandes. Auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung der nationalen Produktion muß die sofortige Beseitigung dieser Sunkerpolitik gefordert werden, die nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Bauern in seiner Existenz schwer bedroht.

Daß die bayerische Viehzählung das Ende der hochschützöllnerischen Sunkerpolitik nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch werde, dafür müssen bei allen künftigen Wahlen die Wähler sorgen. Vorübergehende Erleichterungen können das Übel nicht beheben. Grundfällige Umkehr ist notwendig.

Politische Rundschau

Deutschland.

Es bleibt alles beim alten.

Das war die Signatur der Besprechung der Interpellationen über die Fleischteuerung, die die Mittwochsitzung des Reichstags ausfüllte, und wohl auch noch den größten Teil der Donnerstagsitzung, wenn nicht gar die ganze Sitzung ausfüllen wird. Jede Regierung eines kapitalistischen Staates ist der vollziehende Ausschuss der herrschenden Klassen, unter den herrschenden Klassen Deutschlands stehen die Agrarier oben und so werden von den proletarischen Interessen ganz zu schweigen, auch die Interessen der nicht agrarischen Kapitalistenklassen im Konflikt mit der Regierung unweigerlich dem Wohl des Agrariertums geopfert. Der Staatssekretär des Innern, Minister gegen Sozialpolitik ist zwar nach Herkunft und Neigung Vertreter des Industrialismus, aber er denkt nicht daran, der auch im Interesse der In-

dustrie gebotenen billigeren Versorgung der breiten Volksmassen mit gekühltem, gutem und billigem Fleische zu bereiten. Ein paar Quisquilien, kaum der Rede wert, ein bißchen Zufuhr über die Vogesen, etwas weniger Quengelei und Schererei an der dänischen Grenze, das ist alles, wozu sich die Regierung Bethmann-Velbrück aufschwingt. Und selbst dazu ruzeln die Agrarier noch die Stien. Immerhin versuchte Herr Velbrück noch so etwas wie das Eingehen auf städtische Gedankengänge. Dem neu gebackenen unreaktionären Landwirtschaftsminister von Schorlemer liegt solche Sentimentalität fern. Seiner Weisheit letzter Schluss ist: Der Deutsche hat sich mit den hohen Fleischpreisen eben abzufinden. Wenn das Fleisch zu teuer ist, der mag Kartoffeln essen. Den drohenden Vorfall der Rechten hat sich Herr von Schorlemer mit seiner ministeriellen Jungferrede überreichlich verdient. Die wichtige, auf unanfechtbares Zahlenmaterial gestützte Anklage, mit der Genosse Emmel unsere Interpellation begründete, ist natürlich weder von Velbrück noch von Schorlemer widerlegt worden. Mag bei der Regierung, mag bei der hochschützöllnerischen Mehrheit des Reichstages die Rede Emmels wirkungslos verhallen: Millionen von Proletariern und Proletarierinnen war sie aus der Seele gesprochen.

Aus dem Hause kamen in dieser Sitzung außer unserm Fraktionsredner nur Agrarier zu Worte. Der badenische Landbürgermeister Rupp, ein obskurer Mitläufer der ostelbischen Sunker, und der bei der Wirtschaftlichen Vereinigung politisch einlogierte schwäbische Agrarier Stefan Ferber überboten sich an provozierenden Plattheiten. Vorsichtiger operierte Herr Herold vom Zentrum, der angeht, der drohenden Neuwahlen und der empörten katholischen Arbeitermassen seine Genugtuung über die agrarischen Profile in besänftigend sein sollende Redensarten zu verpacken mußte.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagsitzung stehen neben der Fortsetzung der Besprechung der Fleischteuerungsinterpellationen formell sämtliche anderen Interpellationen, deren stattliche Schar durch zwei Reklamationen eine weitere Vermehrung erfahren hat. Zu Beginn der Sitzung soll sich der Reichstag einen neuen zweiten Vize an Stelle des seßlichlich gewordenen Ernst wählen. Die Reichspartei hat sich inzwischen breitschlagen lassen und wird, wie verlautet, einen bürgerlichen, auf den schlichten Namen Schulz hörenden, aber durch Urteuontismus, reaktionäre Beweiskunst, Hakatismus und sonstige nationale Vorzüge der Sunkertiebe würdigen Herrn aus Bromberg präsentieren.

Landtagswahl in Neuz j. L.

Am Montag, dem 28. November, finden in Neuz j. L. die Neuwahlen zum Landtag statt. Der Landtag besteht aus 16 Abgeordneten; davon ist ein Mandat fürstlicher Erbsitz, drei Abgeordnete werden von der Klasse der Höchstbesteuerten (Personen mit einem Einkommen über 5000 Mk.) gewählt und 12 Abgeordnete gehen aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen hervor. Der Wirt war im bürgerlichen Lager ist sehr groß. Bis heute, wenige Tage vor der Wahl, haben die Nationalliberalen in der Stadt Gera, die drei Wahlkreise mit je einem Abgeordneten bildet, noch keine Kandidaten nominiert, ebensowenig die Höchstbesteuerten. Unsere Genossen haben den Wahlkampf mit aller Energie aufgenommen, sie rechnen bestimmt nicht nur auf eine beträchtliche Zunahme der Stimmen, sondern auch auf die Eroberung einiger Mandate. Bisher waren nur drei Sozialdemokraten im Landtage.

Zur Fleischnot.

Auf einen sozialdemokratischen Antrag beschloß der Münchener Magistrat einstimmig, bei der Regierung erneut vorstellig zu werden, damit diese Schritte unternimmt, um eine Ermäßigung oder völlige Aufhebung der Zölle auf Vieh und besonders auf Fleisch herbeizuführen. In der Debatte erklärte ein ultramontaner Reichsrat, es würde nichts schaden, wenn das Fastengebot für Katholiken aus religiösen und von anderen Leuten aus hygienischen Gründen mehr beachtet würde. Der Mann ist verrückt!

Dem Bundesrat und den einzelstaatlichen Ministerien ist eine amtliche Denkschrift zur Fleischversorgung Deutschlands zugegangen. Die „Post“ erfährt aus dieser Denkschrift, daß der Verfasser, Geheimrat Oberregierungsrat Fleischer, sich in der Hauptsache mit der Frage befaßt hat, wie der Viehstand Deutschlands gehoben werden könne. Der Verfasser hat berechnet, daß es in Deutschland etwas über eine Million Hektar unkultivierten Moorbodens gibt und er führt dann aus, wenn diese Flächen als Weiden kultiviert werden, daß dann jährlich 162 Millionen Doppelzentner Heu gewonnen würden, womit man jährlich 2 408 780 Stück Großvieh mehr als jetzt ernähren könnte. — Was man mit dieser Milchmädchenrechnung beweisen

will, ist nicht recht zu verstehen, die Regierung kann sich doch unmöglich der Hoffnung hingeben, daß die Masse des deutschen Volkes, die unter der heutigen Leuerung schwer zu leiden hat, sich beruhigen wird, wenn man ihr vorrechnet, daß unter gegebenen Umständen, die in langen Jahren eintreten können, ausgerechnet 2 408 700 Stück Großvieh mehr als jetzt gezüchtet werden können.

Zu der Fraktionsführung

Vom 23. November wurden als Hauptredner zum Etat die Genossen Scheidemann und David bestimmt, zu der Interpellation der Freisinnigen, die Privatbeamtenversicherung betreffend, soll Genosse Robert Schmidt reden, zu dem Antrag Rantz, Niedergang des Handwerks behandelnd, Genosse Brühne. In die Kommission betreffend das Gesetz zur Befestigung von Elektradavern werden die Genossen Breyer und Leber delegiert.

Zur Zentrumsinterpellation über die Reichsgebühren wird Genosse Huber als Redner bestimmt, während zum Kurpfuschergesetz Genosse Zipsch als Redner vorgelesen ist.

Vizepräsidenten-Mot.

Die Freikonservative Reichstagsfraktion hat den Parteien des Reichstages folgende Verständigung zugehen lassen:

Nach der Auffassung der Reichspartei wohnt der Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Reichstages zurzeit keinerlei Bedeutung bei. Es würde demzufolge auch nach der in solchen Fällen bisher üblichen Regel zu verfahren sein, daß die Stärke der Fraktionen den Ausschlag gibt. Daher würde die Befugung der Stelle des zweiten Vizepräsidenten zunächst den Nationalliberalen, und, sofern diese ablehnen, den vereinigten Fraktionen der Linken zukommen.

Nationalliberale und Freisinnige lehnen jedoch die ihnen zugeordnete Ehre ab, und einen Sozialdemokraten will die Mehrheit nicht wählen. Bleibt nur ein Pole oder ein Antifemist als würdige Ergänzung des Präsidiums des Schnapsblockes.

Die Versicherung der Privatbeamten.

Von amtlicher Seite erfährt die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ zu den einander widersprechenden Meldungen, die in dieser Angelegenheit verbreitet wurden:

„Es ist der ausdrückliche Wunsch des Reichsamts des Innern, den überaus wichtigen Gesetzentwurf, der augenblicklich dem preussischen Staatsministerium zur Begutachtung und Prüfung zugegangen ist, sobald als möglich dem Reichstag zu unterbreiten. Wann dieser Zeitpunkt aber sein wird, kann mit Bestimmtheit von dieser Stelle aus natürlich nicht angegeben werden, da außer dem preussischen Staatsministerium auch noch der Bundesrat das umfangreiche Gesetz zu begutachten hat und natürlich nicht vorausgesetzt werden kann, wie lange Zeit dazu diese Behörden brauchen werden. Auf jeden Fall wird es sich das Reichsamt des Innern angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß keine Verschiebung eintritt, weil Staatssekretär Delbrück außerordentlich viel daran gelegen ist, noch diesen Reichstag mit der Materie zu beschäftigen.“

Modernisierung des Betriebes im Reichsstatistischen Amt.

Auf Grund der unternommenen Vorarbeiten soll zwecks Vereinfachung und Vereinfachung der Reichsstatistik im statistischen Amt zum mechanischen Betrieb übergegangen werden, indem zunächst probeweise einige Zähl- und Sortiermaschinen aufgestellt werden. Die Erfahrungen in anderen Staaten, in denen teilweise schon seit 20 Jahren der mechanische Betrieb durchgeführt ist, beweisen, daß mit solchen Maschinen nicht nur eine frühere Fertigstellung, sondern auch eine wesentliche Vereinfachung zu erreichen ist. Man hat berechnet so schreibt man uns von unterrichteter Seite, daß bei der deutschen Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 bei einer Zentralisierung des Armaments und Benutzung von Sortiermaschinen an den Kosten etwa eine Million hätte erspart werden können. Auch bei der Krankenkassenstatistik lassen sich wesentliche Ersparnisse machen, die man wohl unbedenklich auf 100 000 Mk. jährlich schätzen kann.

Die „nationale“ Maul- und Klauenseuche.

Nach einer Erklärung der Veterinärpolizei ist der Berliner Schlachthof als vollständig von der Maul- und Klauenseuche verschont anzusehen. Die Seuche ist in sehr vielen Stallungen ausgebrochen; alle diese Stallungen und die Schlachtkammern müssen einer gründlichen Desinfektion unterworfen werden. Der Viehhof ist bis jetzt von einer Ansteckung noch frei geblieben.

Ein wahres Glück, daß noch kein einziges Stück Vieh aus dieser Herkunft auf den Berliner Schlachthof gekommen ist. Die Agrarier würden sonst frank und frei behaupten, daß die Seuche aus dem Ausland eingeschleppt wurde.

Jesuiten gegen die Sozialdemokratie.

Die „Germania“ fordert die Zulassung des Jesuitenordens zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das klerikale Blatt schreibt Dienstag abend gegenüber der Versicherung der „Kreuzzeitung“, daß die konservative Partei an eine Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht denke:

„Will sie etwa abwarten, bis wir (die Jesuiten) diese Güter der Autorität, wie sie von Friedrich dem Großen und von Katharina II. von Rußland bezeichnet wurden, gegen die Unmoralbestrebungen in unserem Vaterlande noch nötiger haben?“

Wir wollen nur daran erinnern, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages regelmäßig für Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt hat. Was schrecken die Jesuiten nicht.

Reichsgesetz über das Waffentragen.

Entgegen einer Meldung wird offiziös berichtet, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Waffentragens vorläufig nicht geplant ist. Diese Materie soll zunächst den Einzelstaaten überlassen bleiben, möglich wäre aber, daß das neue Strafgesetzbuch der Frage näher tritt.

Über das Reichswertzuwachssteuergesetz werden zwischen Vertretern der Fraktionen im Reichstag und der Regierung außerparlamentarische Verhandlungen gepflogen, um über gewisse kritische Punkte leichter las-

sen zu kommen. Diese Verhandlungen sind Montag zu Ende geführt worden. Beschlüsse wurden natürlich nicht gefaßt, die Verhandlungen trugen nur informativen Charakter und wollten Klarheit zwischen Regierung und Parteivertretung im Reichstag schaffen. Ob dadurch die Chancen der Reichswertzuwachssteuer gewachsen sind, läßt sich nicht übersehen.

Eine Wirkung der neuen Militärvorlage.

Wie erinnert, ist in der Vorlage die Stelle eines Generalinspektors des Militärverkehrswesens vorgesehen. Gegenwärtig steht an der Spitze des Militärverkehrswesens der Generalleutnant v. Lyncker, der die Stelle eines Inspektors bekleidet. Sobald aber diese Stellung in die eines Generalinspektors umgewandelt wird, erhält v. Lyncker Titel, Rang und Gehalt eines kommandierenden Generals. Das bedeutet für die Steuerzahler eine Mehrausgabe von jährlich 15—18 000 Mk. Begründet wird das Verlangen damit, daß es im Interesse des Dienstes wünschenswert sei, daß der Leiter des Verkehrswesens möglichst lange auf seinem Posten bleibe. — Man hat fast den Eindruck, als wenn es sich bei der Forderung im wesentlichen darum dreht, dem Herrn v. Lyncker, der sich hoher Beziehungen erfreut, eine einträglichere Stellung zu bieten.

Der ultramontane Schutzpatron der Regierung.

Der aufdringliche schwabische Schwabe Erzberger übernimmt es, den Etat der Regierung zu verteidigen; ganz im Stille eines Offiziosus schreibt er in der „Germania“:

„Der Gesamtetat begegnet in einem Teil der liberalen und in der sozialdemokratischen Presse dem Einwand, daß er „frisiert“ sei, mit anderen Worten: durch Höherlegen der Einnahmen und Tiefhalten der Ausgaben gebe er ein total falsches Bild. Im Interesse der Reichsfinanzreformmehrheit werde das Volk getäuscht. Die Regierung hat sich gegen diesen Vorwurf schon gewehrt; man kann ruhig abwarten, ob im Reichstage selbst jemand diese lächerliche Behauptung aufzustellen mag. Man sollte besonders auf liberale und freisinniger Seite mit diesen Anklagen ruhig zu Hause bleiben, weil ein kurzer Rückblick ergibt, daß man eher der Blockade den Vorwurf des fristen Staats geben kann. Die bisherigen Einnahmen im Jahre 1910 beweisen, daß die Schätzungen mit mathematischer Genauigkeit im Schlußresultat stimmen. Angesichts dieser Tatsache möge doch das Gerede vom fristerten Etat verstummen.“

Auch der neue Etat hält jeder sachlichen Prüfung stand. Wenn man die Einnahmen vorfristig wieder einstellt, muß dies jeder Abgeordnete unterstützen. Wenn aber das Gleichgewicht nur durch die 13 Millionen Mark Einnahmen aus der Reichswertzuwachssteuer herzustellen war, so ist dies nicht überlassend, denn es sind zwei neue Ausgabenposten hierfür mitzunehmen: Militärvorlage und Veteranenbeihilfe. Die Regierung hielt sich an den vom Reichstage gebilligten Satz: keine Ausgaben ohne Deckung! Selbst wer beides hier nicht wollte, müßte mit der Taktik der Regierung einverstanden sein. Wer heute über den fristerten Etat sich aufhält, beweist nur, daß seine Parteilichkeit ihm das objektive Augenmaß geraubt hat.“

Das schreibt jetzt in der Zeit des schwarzblauen Blocks derselbe Mann, der bis in die letzte Zeit hinein das meiste Geld mit seinen Zentrumsbrotschreien gegen die Regierung, die seine Spezialität waren, verdient hat. Erzbergerische Charakterstärke!

Preussisch-hessisch-sächsischer Eisenbahnverband.

Wie die „Vossische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, finden gegenwärtig Verhandlungen statt über den Anschluß des Königreichs Sachsen an den preussisch-hessischen Eisenbahnverband. Dem Königreich Sachsen sollen drei Eisenbahndirektionen zugestanden werden. — Wenn diese Nachricht auf Wahrheit beruht, dann hat der Krieg, den Preußen seit langen Jahren gegen die sächsische Eisenbahn führt, mit einem Siege Preußens geendet. Sachsen muß klein beigeben. Die sächsischen Eisenbahnen sind schwer geschädigt worden dadurch, daß Preußen sowohl den Verkehr nach Süddeutschland und der Schweiz, als auch nach Österreich soweit als möglich von Sachsen abgelenkt hat.

Zu Gnaden aufgenommen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat nach einer langen Sitzung, in der die Geister heftig aufeinandergeplagt sein sollen, beschlossen, den neugewählten Abgeordneten Prof. Spahn, den Sohn des ersten Vizepräsidenten des Reichstages, als Mitglied aufzunehmen.

Eine neue Sinekure.

Im nächsten Jahre soll, wie das „Berliner Tagebl.“ erfährt, bei der Deutschen Botschaft in Stockholm die Stelle eines Militär-Attaches geschaffen werden. Die Ausgaben dafür dürften sich auf etwa 25 000 bis 30 000 Mark belaufen. Welchen Sinn aber die Schaffung einer solchen Stelle haben soll, wird von dem Herrn v. Riberlen-Wächter schwer plausibel zu machen sein.

Das Mandat um jeden Preis.

Der famose Herr Bogt-Hall, dem sein württembergisches Landtagsmandat so ans Herz gewachsen ist, daß er sich um Wahlhilfe an die Sozialdemokratie wandte, hat in gleicher Weise auch die Fortschrittler angeknorrt. Das württembergische Hauptorgan dieser Partei, der „Beobachter“, veröffentlichte einen gleichfalls vom 14. Dezember 1906 datierten Brief, den Herr Bogt an ein Mitglied der Volkspartei gerichtet hat. Es heißt darin:

„Wie wird's bei mir? Wenn Ihre Parteigenossen nicht herüberkommen, so wird der Bezirk verloren. Um mich handelt es sich weniger, aber um den Sitz, der verloren geht. Also, wenn Sie nicht wollen, daß das Zentrum eine Stimme mehr bekommt, so wird es wohl nötig sein, eine Direktive nach Neckarsulm zu geben. Ich tue meine Schuldigkeits. Wenn ohne Erfolg, so trifft mich keine Schuld und dann, bitte, auch keine Vorwürfe. Mit bestem Grusse Ihre ergebener.“

Der Erfolg der Veröffentlichung der Briefe des braunen Landhändlers ist nun, daß die ultramontane „Köln. Volkszeitung“ ihn wunschgemäß die Fremdschäufel des Zentrums aufknüpft. Dem biederen Herrn Bogt kann es nun passieren, daß er nicht nur sein Landtags-, sondern auch sein Reichstagsmandat los wird. Das nennt man Pech!

Branntweinsteuereinnahmen.

Aus dem Umstand, daß die Einnahmen aus der Branntweinsteuer im Oktober 1910 15,6 Millionen Mark betragen hat, schöpfen die journalistischen Freunde der besorgten Schnapsbrenner die Hoffnung, daß sich den Schnapskonsum wieder heben werde. Offiziös wird indessen darauf hingewiesen, daß die Branntweinsteuer im Jahre 1911 um 16 Millionen niedriger angelegt sei und daß auch, wenn die Einnahmen im 2. Halbjahr 1910 besser als im 1. sein würden, doch die angemessene Mindereinnahme von 16 Millionen verbleiben würde.

Österreich-Ungarn.

Moloch präsentiert die Rechnung. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Das gestern im gemeinsamen Ministerrat durchberatene gemeinsame Budget wird die erste Baurate für die drei Dreadnoughts enthalten; außerdem wird es für Heer und Marine zusammen die regelmäßige Steigerung von 10 bis 12 Millionen Kronen aufweisen. Das Wehrgesetz wird erst im Jahre 1911 den Gesetzgebungen vorgelegt werden und nicht vor 1912 in Wirksamkeit treten. Das Rekrutenkontingent für 1911 wird baselbe wie bisher bleiben. Der Bau der drei Dreadnoughts wird zusammen 180 Millionen Kronen erfordern. Die Kosten werden auf drei Jahre verteilt. Für die erste Baurate der Dreadnoughts und für die normale Steigerung der Heer- und Marineerfordernisse für 1911 werden etwa 50 Millionen Kronen in Betracht kommen. Das gesamte Flottenbauprogramm sieht den Bau folgender Kriegsschiffe vor: 4 Schlachtschiffe, von denen zwei 20 000 und zwei 23 000 Tonnen haben sollen, 3 Schnellkreuzer, 10 Torpedofahrzeuge, 12 Hochseetorpedoboote und 6 Unterseeboote. Die Gesamtkosten betragen 310 Millionen Kronen. In das Marinebudget von 1911 werden davon 90 Millionen Kronen eingestellt.

Amerika.

Mexiko vor der Revolution? Nach verschiedenen Meldungen steht Mexiko am Vorabend einer Revolution. Das ist erklärlich. Obwohl Republik, unterscheiden sich die Zustände von Mexiko kaum von den russischen. Die Presse steht unter Zensur, der Klerikalismus, unterdrückt jedes Selbstleben, die Gewalt ist in den Händen einer militärischen Oligarchie und zudem besitzt Mexiko noch ein feudales System der Leibeigenschaft, das sonst nirgends mehr existiert. Diese Leibeigenen, die „Peones“, zumeist Indianer, sind die Arbeiter auf den großen mexikanischen Landgütern. Seit 10 Jahren bemühen sie sich um ihre Emanzipation. Der Präsident Porfirio Diaz, ein indianischer Nestlé, ist ihr größter Feind. Seit zwanzig Jahren herrscht er als Diktator und alle Versuche der Emanzipation hat er in Strömen von Blut erstickt. Unter dem Regiment dieses Jaren sind die Jesuiten, die an der jungen Frau des Diktators eine feste Stütze haben, und die großen Grundbesitzer die wahren Herren des reichen mexikanischen Landes geworden. Um sich die Gunst der Vereinigten Staaten zu erkaufen, hat Diaz die amerikanischen Kapitalisten ins Land gezogen. So kamen die Goldminen der Provinz Chihuahua größtenteils in amerikanischen Besitz. Die amerikanische Presse wurde gekauft und die Regierung ließ auf ihre Kosten angelegene bürgerliche Journale einladen, damit sie dann das Lob der Regierung und vor allem des Präsidenten verkünden. In Mexiko selbst gibt es keine Freiheit der Presse. Liberale Journalisten, die nur wenig Pressefreiheit forderten, wurden entweder aus dem Lande getrieben oder eingekerkert. Und so ist es gekommen, daß seit 1888 Diaz fünfmal sich zum Präsidenten der Republik wählen lassen konnte. Er hat um sich eine Clique geschaffen, die nur ein Bestreben kennt: sich um jeden Preis an der Macht zu behaupten. Es ist eine Bande von Spitzbuben, darunter vorbestrafte Verbrecher, welche heute größtenteils die Ämter der Republik inne haben. Die liberale Opposition wurde in der grausamsten Weise verfolgt, in die Verbannung gejagt und ihre Häupter nach San Juan de Ulua, der mexikanischen Bastille, gebracht, einem der abschrecklichsten Gefängnisse, das noch aus der Zeit der ersten spanischen Eroberungen herrührt. Die politischen Gefangenen wurden viel schlimmer behandelt, als die gemeinen Verbrecher. Raum einer hat je diese fürchterlichen Höhlen lebendig verlassen.

Was die Peones anlangt, so werden mit ihnen viel weniger Umstände gemacht. Wenn sie Verbesserungen zu verlangen wagen, werden sie einfach unter der Hand vor zwei Wochen in der Provinz Yucatan ein Aufstand der Peones ausgebrochen war, schickte die Regierung Truppen hin und viele Hunderte wurden getötet. Da jede Propaganda in Mexiko selbst unmöglich gemacht ist, haben sich die wenigen Liberalen an die amerikanische Grenze zurückgezogen. Jetzt aber zeigte sich die Solidarität der Regierungen. Herr Taft ließ die mexikanischen Bürger Wikareal und Wagon auf Verlangen des Diaz arrelieren. Nur das leidenschaftliche Eingreifen der sozialistischen amerikanischen Presse verhinderte die Auslieferung, die ursprünglich geplant war. Jetzt aber scheint es, daß das mexikanische Volk mit diesem Despotismus endlich aufräumen will und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die jetzigen Kämpfe, an deren Spitze der Liberale Francisco Madero steht, den Sturz der Autokratie herbeiführen werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 24. November.

Der Senat erläßt anlässlich der bevorstehenden Volkszählung folgende Bekanntmachung: Nach einem Beschluß des Bundesrates vom 10. Februar 1910 soll am 1. Dezbr. d. J. eine allgemeine Volkszählung stattfinden. Der Senat hat mit der Vornahme dieser Zählung im lübeckischen Staatsgebiete auf Grund der vom Bundesrat getroffenen Bestimmungen das Stadt- und Landamt beauftragt, welches das Nähere hierüber bekanntmachen wird. Der Senat gibt sich der Erwartung hin, daß die Bewohner des lübeckischen Staatsgebietes die ihnen in den Zählformularen vorgelegten Fragen mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit beantworten und den mit der Verteilung und Ein Sammlung dieser Formulare sowie mit den Revisionsnachfragen beauftragten Personen ihre Aufgabe tüchtig erleichtern werden. Wichtig sind folgende Angaben in den Zählpapieren, Verweigerung der geforderten Auskunft, sowie ungebührliches Betragen gegen

Des Zaren Galgenlieferanten.

Die Schamlosigkeit der russischen Regierung bekommt in letzter Zeit bereits einen Stich ins Pathologische. Noch vor kurzem gehörte es für die Minister sozusagen zum „auten Ton“, jede Gemeinlichkeit mit den Provokateuren öffentlich abzuleugnen und in der Duma mit Emphase zu erklären, daß die Regierung jede Provokation auf das Schärfste bekämpfen würde. Und nun ist man in Rußland zu weit gelangt, nicht nur den intimen Zusammenhang zwischen Regierung und Provokation in einem offiziellen, legal herausgegebenen Handbuch für die Polizei zu offenbaren, sondern auch an derselben Stelle Anweisungen zur Verübung dieser Verbrechen zu geben. In der „Anleitung für Polizeibeamte“, die kürzlich vom Mitglied des Komitees des Ministeriums des Inneren, Mollerius, herausgegeben worden ist, heißt es bei der Erörterung der Frage, ob die Polizei ihre „Agenten“, d. h. Spigel aus „verbrecherischen Elementen“ anwerben dürfe: „Solche Personen können zuweilen der Polizei wertvolle Dienste leisten, man muß aber damit rechnen, daß solche Agenten, wie die Praxis gezeigt hat, außerordentlich geneigt sind, ihre Intimität mit der Polizei und das Vertrauen der letzteren zu erpresserischen Zwecken auszunutzen, indem sie mit Denunziationen über irgendwelche, zu ihrer Kenntnis gelangten Mißbräuche oder Gesetzesübertretungen androhen.“ Über die Lockspitzel heißt es in der erwähnten Polizei-Enzyklopädie, daß sie allerdings unmoralisch und sogar gefährlich sei, „da sie von dem Agenten eine enorme Geschicklichkeit und Selbstegegenwart verlange, um die Missetat rechtzeitig zu verhindern“ (Zirkular vom 9. Februar, Nr. 28). Dennoch — so heißt es weiter — „darf der Agent sogar bei der Vorbereitung eines Verbrechens Anteil nehmen“, und die Frage über „seine angebliche Beteiligung, selbst wenn sich die Aufhebung zu einem Verbrechen konstatieren läßt, erscheint juristisch außerordentlich strittig“ (S. 340). Diese Definition ist so charakteristisch, daß sie wohl auch außerhalb des Zarenreiches, überall, wo sich russische Regierungsmethoden Eingang verschafft haben, mit regem Interesse aufgenommen werden wird.

Interessant ist auch, wie das Polizei-Handbuch die Pogromtätigkeit der Polizei schildert. „In der revolutionären Periode 1904–1905 bildeten einige Polizeidirektoren in den Städten aus regierungstreuen Leuten Freiwilligentrupps zur Unterstützung der Polizei, die den Namen Schwarze Hundertjährigen erhielten. . . Die Formierung der Schwarzen Hundertjährigen und ihre Versorgung mit Waffen war ungünstlich, da sie den Bürgerkrieg schon zu einer Zeit bedeuteten, wo die Regierung die Macht und genügend Kraft in Händen hatte, um die gesetzlich vorgeschriebenen Mittel zur Unterdrückung des Aufstandes zu ergreifen.“ (S. 351.) Trotzdem bildet die Kultivierung der Pogromistenbanden noch heute einen der wichtigsten Ecksteine der Regierungskunst Nikolaus II.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 23. November 1910.

84. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Delbrück.

Eingelaufen sind zwei Interpellationen über die Reiskausgefahr.

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Rußlands Revolutionstagen.

Von Friedrich Zhieme.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Mein Grundsatz ist: ehrlich gegen michselbst“, versetzte er. Wir stehen gegen alle anderen, aber einer für alle — wenn wir in diesem Falle unehrlich handeln, so sind wir geächtet für alle Zeit, und niemand wird uns bei einem Unternehmen je wieder Unterstützung gewähren oder vor Verfolgung bewahren. Daß auf uns zwei die Hauptanteile fallen, ist selbstverständlich, aber auch der Verräter Maruschewski muß seinen Lohn erhalten, sowie der Wiener und dein Kamerad von Brindisi. Ich habe mein Wort gegeben und das halte ich.“

„Nun, sei es darum“, erwiderte Aschhoff verdrießlich. „Aber los nun, auf mit dem Kasten — wir haben den Anblick rechtlich verdient!“

Der Graf öffnete mit den Schlüsseln die beiden Schließer, schlug den Deckel zurück und warf mit vor Aufregung zitternden Händen, vor seinem Kollegen lebhaft unterstützt, die obenauf lagernden Kleidungsstücke heraus.

Die Sachen liegen merkwürdig tief“, brummte Joanescu. „Natürlich auf dem Grund“, bemerkte Aschhoff. „Schnell — schnell.“

Weiter wühlten sie, aber nichts kam zum Vorschein, nirgends stießen die habgierig bohrenden Hände auf etwas Stirrendes oder Feltes.

Joanescu stieß einen wilden Fluch aus.

„Hölle und Teufel, Aschhoff — wir sind geprellt!“

„Unmöglich — die Sachen sind in den Kleidern versteckt.“

Sie rissen die Kleider nach allen Seiten herum, fühlten in allen Taschen, trennten das Futter auf — umsonst — wenn irgend etwas auf Erden feststand, so war es die Tatsache, daß der so heiß begehrte, mit so schweren Opfern erbeutete Diamantenkoffer keinen einzigen Diamanten oder sonstigen Wertgegenstand enthielt, daß er nichts in sich barg als alte Kleider — Kleider, die insgesamt kaum einen Wert von fünfzig Franken repräsentierten!

„Das geht nicht mit rechten Dingen zu“, knirschte Aschhoff. „Ober der Schürze Maruschewski hat uns belogen!“

„Ich glaube nicht, daß er uns getäuscht hat“,

Die Fleischsteuerung.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die beiden im gestrigen Bericht im Wortlaut mitgeteilten Interpellationen über die Fleisch- bzw. Lebensmittelsteuerung, zu deren sofortigen Beantwortung sich Staatssekretär Dr. Delbrück bereit erklärt.

Emmel (SD.) begründet die sozialdemokratische Interpellation. Die Existenz eines Notstandes kann ernstlich nicht bestritten werden. Die große Geschäftskrisis ist in ihren unheilvollen Wirkungen durch eine Lebensmittelsteuerung verstärkt worden, die außer der Arbeiterschaft auch den kleinen städtischen und ländlichen Mittelstand in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Lebensmittelsteuerung hat überall Lohnbewegungen hervorgerufen.

Besonders erfolgreich war die Lohnbewegung des Königs von Preußen.

Seine Bezüge sind von 52.000 Mk. auf 64.000 Mk. täglich heraufgesetzt worden. Die Arbeiter sind in ihren Lohnbewegungen nicht so glücklich. Durch mobilmachte Lumpensummen hindert man sie, einen Ausgleich zwischen ihren Löhnen und den Lebensmittelpreisen zu erreichen. Auch die Wohnungsmieten steigen, da die Hausrenten nicht hinter den Schnapsrenten zurückbleiben wollen. Im Mittelpunkt der Lebensmittelsteuerung steht die

Steigerung der Brot- und Fleischpreise.

Es ist die breite Masse der Bevölkerung, deren Lebenshaltung darunter leidet, während nur eine schmale Schicht von 285.000 Gutsbesitzern und Großbauern, die freilich mehr als 51 Proz. des ganzen Grund und Bodens besitzen, den Vorteil von der Politik des Brotwuchers haben. Darum gibt es keine gerechtere Forderung als die Aufhebung der Getreidezölle. (Zustimmung bei den Sozialdem.) Ebenfalls sehr wie die Brotsteuerung laßt die Fleischsteuerung auf dem Wolfe. An den Grenzen machen sich Arbeiter und Arbeiterinnen Wege von zwei, drei Stunden, um sich ein Häppchen Fleisch zu verschaffen. Ein Arbeiter mit 1250 Mk. Einkommen verwendet auf direkte und indirekte Steuern den zwölften Teil seines Einkommens, ein Fabrikbesitzer mit 50.000 Mk. Einkommen nur den 47. zehnten Teil. Ein Arzt, Dr. Friedmann, hat geradezu erschütternde Fälle von Unterernährung angeführt, z. B. den Fall einer

schwangeren Frau, die sich mit Kartoffelschalen ernährte. (Hört, hört!). Es ist auch gar nicht wahr, daß gegenüber der Lebensmittelsteuerung die Löhne gestiegen sind, die Vergarbeiterlöhne z. B. sind zurückgegangen und die Grafen, Fürsten und Barone, die Riesenvorteile von den Getreidezöllen in ihre Taschen stecken, speisen ihre Landarbeiter noch vielfach mit Hungerlöhnen wie 13 Hg. pro Stunde ab. Wir verlangen die Öffnung der Grenzen, die Aufhebung der Lebensmittelzölle, und die Beseitigung aller Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen. Die Einführung billigen argentinischen Fleisches gefährdet unsere Landwirtschaft so wenig wie die österreichische. Baden und Württemberg sind mit der Grenzöffnung vorgegangen, aber die von ihnen getroffenen Maßnahmen genügen durchaus nicht. Mit den Agrarissen auf den Kleinhandel wollen die Agrarier nur sich außer Schußweite bringen. Das vertrauliche Rundschreiben an Mitglieder des Bundes der Landwirte, worin zur Erleichterung der Milchzufuhr nach Frankfurt am Main aufgefordert wird, ist ein Denkmal agrarischer Unverschämtheit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man entzieht dem беднотен Volks die Lebensmittel, nur damit die Agrarier Wuchergeschäfte treiben können. Die agrarische Wucherpolitik ist ein Unglück, ihre Aufrechterhaltung wäre ein Verbrechen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Rupp (Hosp. d. Konf.): Den Fleischnotrummel haben wir regelmäßig vor den Wahlen. (Große Unruhe links, Zurufe: Schämten Sie sich von Rummel zu sprechen.) Fleischnot und Fleischsteuerung sind nicht gleichbedeutend. Von einer Fleischnot kann keine Rede sein. Die bedauerlichen Werteschwankungen hängen mit der luxuriösen Ladenausstattung und mit der Erhöhung der Schlachthaus- und Viehhofgebühren zusammen. (Zuruf bei den Soz.: Wie hoch sind diese Gebühren?) Auf Einzelheiten kann ich mich nicht einlassen.

(Vachon b. d. Soz.) Für das mangelnde Rindfleisch kann das Schweinefleisch eintreten. Auch die sozialpolitischen Lasten tragen zur Fleischsteuerung bei. Die bedauerliche Grenzöffnung in Baden hat nur zur Preissteigerung geführt. Der letzte Zeitpunkt ist der allerungeeignete für die Grenzöffnung. Wer gegen genügende Maßnahmen zur Seuchensicherung ist, ist ein Feind des deutschen Bauernstandes. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Reichskanzler hat mit großer Sorgfalt die Bewegung der Preise verfolgt. An den zum Schutz des deutschen Viehstandes gegen Seuchengefahr notwendigen Maßnahmen muß unbedingt festgehalten werden. Darum glaubt der Herr Reichskanzler einer Erhöhung der Schweinezufuhr aus Österreich über das Kontingent von 80.000 heraus nicht zustimmen zu können. Dagegen glaubt der Reichskanzler, dem Antrag der süddeutschen Staaten auf Einfuhr einer ziffernmäßig bestimmten Zahl französischer Schlachttiere nach bestimmten Schlachthäusern zustimmen zu sollen, da in Frankreich die Maul- und Klauenseuche seit 1 1/2 Jahren erloschen ist. In Holland existieren immer noch Seuchenherde, daher kann Erleichterungen in der Einfuhr aus Holland nicht zugestimmt werden. Die für die Einfuhr aus Dänemark in Betracht kommende Tuberkuloseprobe soll durch eine zuverlässigere ersetzt werden. Die Einfuhr von Rindfleisch aus Rußland kann wegen der dort herrschenden Rinderpest nicht empfohlen werden. Eine Einfuhr von Rindfleisch aus Amerika würde unwirksam bleiben, wenn nicht gleichzeitig die Beschränkung der Einfuhr auf ganze oder halbe Tierkörper aufgehoben würde. Diese Beschränkung muß aber beibehalten werden.

Un den Einfuhrzöllen darf nicht gerüttelt werden!

(Lebh. Zust. rechts.) (Abg. Geyer ruft: Die Agrarier sollen geschont werden!) Der sicherste Schutz gegen Fleischmangel liegt in der Stärkung und Erweiterung der eigenen Produktion. — Redner verbreitet sich über die nach seiner Meinung sehr niedrigen Eisenbahntarife und bezweifelt den Nutzen der von den Konservativen gewünschten Statistik der Detailpreise, will indessen diese Frage näher prüfen. (Bravo! rechts.)

Preussischer Landwirtschaftsminister von Schorlemer: Ich will die Frage der Notwendigkeit des Fleischgenusses nicht prüfen. (Unruhe links.) Die Bevölkerung in Deutschland ist nun einmal an den Fleischgenuss gewöhnt. Ich gebe zu, daß die Fleischpreise eine bedauerliche Höhe erreicht haben, bestreite aber die Existenz einer Fleischnot. (Sehr richtig! rechts.) Der Fleischkonsum ist in Deutschland höher als anderswo und hat sich 1910 nicht verringert. Die Berechnungen mancher städtischen Verwaltungen beruhen auf unrichtigen Grundlagen. (Hört, hört! rechts.) Auf dem Lande, wo der gesündere Teil der Bevölkerung lebt, wird weniger Fleisch gegessen, als in den Städten. Die Zahl der Pferdebeschläge ist in Preußen und Deutschland zurückgegangen. Die Minderung des Viehbestandes ist in Deutschland nicht zu befürchten. Da alle Preise steigen, steigen auch die Fleischpreise. Die Bevölkerung muß sich damit abfinden. Grund zu besonderen Maßnahmen liegt nicht vor. Die Hauptfrage bleibt die Stärkung und Vermehrung der Viehproduktion im Inlande. (Lebh. Bravo! rechts.)

Auf Antrag Singer (SD.) findet eine

Beiprächung der Interpellationen

statt. Derold (Z.): Über hohe Getreidepreise zu klagen liegt kein Grund vor. Die Spannung zwischen Getreidepreisen und Brotpreisen wird immer größer. Aber auch die Ansprüche an die Güte des Brotes sind gestiegen. Wenn Fleisch und unlegbar wesentliche Differenzen zwischen Engröpreisen und Detailpreisen. Aber die jetzigen hohen Preise beruhen sicherlich nicht auf Viehmangel. Da die Leuerung eine internationale ist, würde die Aufhebung der Zölle nichts ändern. Die Einfuhr von Fleisch ist schon fast allgemein gestattet, die Einfuhr von Vieh in weitem Umfang. 95 Prozent des Bedarfs werden vom Inland gedeckt. Die Steigerung der Fleischproduktion im Lande ist die Hauptfrage. Sie liegt namentlich auch im Interesse der Arbeiter. Möge diese

entgegnete finster der Graf. „Er nicht, sondern ein anderer —“

„Wer denn?“

„Dieser pflügende Deutsche, dieser Wiganbt — der Kerl hat den leidhaftigen Teufel im Leibe!“

„Ich begreife aber nicht, wie er es angegangen haben soll: bei sich konnte er doch die Menge Sachen nicht tragen.“

„Allerdings nicht — er muß einen anderen Weg gefunden haben — oder es sind uns andere zuvor gekommen. Jedenfalls haben wir hier nichts weiter zu tun, als schleunigst unsere Personen in Sicherheit zu bringen, und dazu ist es am besten, wenn wir uns trennen. Guten Morgen, Aschhoff — und halte möglichst reinen Mund — wir werden sonst noch ausgelacht!“

„Wenn man es uns überhaupt glaubt“, grimste der Russe. „Wir sind die Bewissenhaftigkeit selber — und dann heißt es noch, wir wollten die anderen nur um ihren Anteil betrügen.“

Joanescu nickte melancholisch, und postierte sich vor dem Spiegel, um einige ihm notwendig dünkende Verwandlungen an seiner Person vorzunehmen. Aschhoff hantierte noch immer in den Kleidungsstücken herum, er konnte sich von einem letzten Fünfteln Hoffnung nicht loslagern und fuhr immer von neuem bald in eine Tasche, bald zwischen irgend einen sich härter anführenden Teil zwischen Stoff und Futter.

Joanescu begleitete diese Bemühungen mit einem höhnischen Lachen, das nicht frei von Selbstironie war. . . .

„Cecilie, der Koffer ist verloren“, röhnte Monsieur Sorard Didier, in das Wohnzimmer tretend, in dem seine zierliche kleine Frau auf dem Sofa saß und Schokoladen trank.

„Verloren?“ rief sie aufspringend.

„Ja — hier ist Monsieur Wiganbt — man hat ihn geraubt — noch in der letzten Nacht — die Spitzbuben haben ihn als angeblichen Defraudanten arreterieren lassen! O, mein armer Bruder Arnaud!“

Albert nahm stumm auf einem Sessel Platz. Die beweglichen Klagen des alten Herrn vernahm er mit teilnahmloser Miene, er öffnete den Mund zu einer tröstenden Bemerkung, da klopfte es. Ein Kommiss des Geschäftes trat ein.

„Ein Arbeiter ist unten, Monsieur Didier, der Sie dringend zu sprechen wünscht —“

„Ich habe jetzt keine Zeit“, schnaubte der Juwelier wütend seinen Angestellten an. „Sag weiß Gott andere Dinge im Kopf! Was will denn der Mensch?“

„Er hat eine Kiste an Sie abzugeben — die Angelegenheit sei dringend und wichtig.“

„Soll sie unten hinstellen und mich ungeschoren lassen!“

„Ich bitte Sie doch, Monsieur Didier, den Arbeiter zu empfangen“, befürwortete der Reisende das Gesuch. „Wer weiß, was der Mann bringt.“

„So lassen Sie ihn heraufkommen.“

Gleich darauf erschien ein junger Mann in der Tracht eines gewöhnlichen Arbeiters, in Leinwand und abgetragener Bluse, einen etwas fettglänzenden Kalabreiser auf dem Kopfe. Sein Gesicht war sonnenverbrannt und braun, aber die Augen leuchteten wider von Intelligenz, Güte und Energie. Auf der Schulter trug der Mann, der unlegbar den deutschen Typus aufwies, eine ziemlich große Schiffskiste, wie sich solcher die Matrosen zur Aufbewahrung ihres bescheidenen Eigentums bedienen. Der Fremde grüßte höflich — bescheiden und legte seine Last auf den Dinoleumbelag des Zimmers nieder.

Noch immer gereizt fragte ihn der Hausherr nach seinem Begehrt.

„Nach deine Kiste aus, Hermann“, rief Albert in deutscher Sprache dem jungen Mann zu, und der gute Monsieur wird bald ein anderes Gesicht zeigen.“

Zum großen Erstaunen Didiers kniete der Arbeiter nieder, öffnete mit einem Schlüssel das Vorlegeschloß der Kiste, warf eine Anzahl Kleidungsstücke, Hemden und Lächer, die obenauf lagen, beiseite und legte schließlich auf dem Grunde der Kiste eine große Anzahl kleiner Gegenstände bloß, welche aufsteigend die verschiedenen Farben besaßen und von denen jeder besonders in ein Tuch eingehüllt war. Gähelnd nahm er einige Sachen heraus, wickelte sie aus den Hüllen und breitete sie auf dem Tische aus — da stieß der Juwelier einen lauten Schrei aus und packte in freudigem Schreien die Hand des schlichten Wirtsmannes.

„Was — was bedeutet das?“ stammelte er bebend.

„Das bedeutet, Monsieur Didier, nahm in erstem Tone Albert das Wort, daß ich meinen Auftrag glänzend erfüllt habe! Hier lege ich den ganzen Schatz Ihres Bruders Arnaud unverehrt in Ihre Hände! Dieser vermeintliche Arbeiter ist mein teurer Bruder Hermann von Berlin, Schmiedingenteur, der nur zu dem Zwecke die Maske eines Arbeiters

Debatte Veruhigung in die Konsumentenkreise tragen. (Bravo! im Zentrum.)

Staufer (Wg.): Der Fleischrummel wird den letzten Bauern aus den Reihen der Linken treiben. Wenn die Herren von der Linken gar so viel schreien, werden immer mehr Bauern die Viehhucht aufgeben, die so wie so der unrentabelste Teil der Landwirtschaft ist. (Bravo! rechts.)

Hierauf Vortrag des Haus die Fortleitung der Besprechung auf Donnerstag 1 Uhr. (Außerdem Wahl des zweiten Vizepräsidenten und die übrigen Interpellationen.)
Schluß 6 Uhr.

Die „Sammlung“ geht weiter.

Gelegentlich einer Rede in Mülheim an der Ruhr machte der nationalliberale Führer Professor Friedberg einige Bemerkungen über die Sammlungspolitik, die nach der „Kölnischen Zeitung“ wie folgt lautet:

Herr v. Hendebrand sagte in Stuttgart: Wir wollen nicht tun, den Riß im bürgerlichen Lager zu vergrößern. Dazu sind auch wir bereit. Schon Wasserfall hat in Kassel gemeint, daß es Anfinn und Verbeugung der Tatsachen wäre, wenn man die Nationalliberalen als Hezer gegen die konservative Partei darstellen wollte. Wir sind nicht unversöhnlich, aber wir verlangen, daß bei einer solchen Sammlungspolizei, innerhalb einer solchen Sammlung volle Gleichberechtigung herrscht; daß uns auch in Preußen volle Gleichberechtigung mit den Konservativen zugesprochen wird, auch in unserer Repräsentation in die Verwaltung. Wir verlangen die Abheilung unserer Beschwerden. Ich kann Herrn v. Hendebrand in einem Punkt seines versöhnlichen Schlußaffords nicht beistimmen, wenn er einen Appell an die Regierung richtet und verlangt, daß sie die Führung im Kampfe gegen die revolutionären Elemente übernimmt. Durch die Reichsfinanzreform, durch die Vorgänge bei der Wahlreform ist zu viel Autorität an dieser Stelle verloren gegangen. Auch der Reichstagsrat v. Bethmann-Hollweg wird nicht in der Lage sein, auf diesem Gebiete bahnbrechend zu wirken, wenn gleich es auch das Bestreben der nationalliberalen Partei sein muß, bei allen prinzipiellen Gegensätzen diesem Staatsmanne keine Schwierigkeiten zu machen. Die Regierung und der leitende Staatsmann können höchstens den Boden für eine Annäherung der Parteien vorbereiten durch eine populäre und unparteiische Politik. Sie sollen dafür sorgen, daß Preußen auf politischem Gebiete nicht zurückbleibt, daß eine Menge reaktionärer Hemmungsercheinungen verschwinden. Aber weiter kann der leitende Staatsmann nichts tun. Die Beobachtung selbst muß einsehen, daß es so nicht weiter geht; sie muß heraus aus der Verärgerung und übergehen zu positiver Leistung.

Das ist die deutliche Erklärung, daß die Nationalliberalen mit den Konservativen zusammengehen wollen, gegen gewisse Zugeständnisse, hauptsächlich Zulassung von Nationalliberalen in wichtige Verwaltungsfunktionen. Auf der andern Seite öffnet man schon die Arme, um die nationalliberalen Brüder zu empfangen. So schrieb am Sonntag die „Kreuzzeitung“: „Es muß trotz alledem einmal zur Verständigung unter den bürgerlichen Parteien kommen, auch ohne die von den Nationalliberalen verlangte und in Preußen gänzlich sichtslose liberale Reform an Haupt und Gliedern der Staatsverwaltung.“

Mit den Fortschrittler kommen die Nationalliberalen vorläufig nicht zurecht. Die Verhandlungen zwischen der nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei über ein Wahlabkommen für ganz Nassau sind ergebnislos geblieben. Die Fortschrittliche Volkspartei wird nun in allen nassauischen Reichstagswahlkreisen selbständig vorgehen und eigene Kandidaten aufstellen.

Aus der Partei.

Wieder ein nichtbestätigter Gemeindebeamter. Ende Oktober d. J. wurde in dem in Sachsen-Gotha gelegenen Kurorte Finsterbergen unser Genosse, Maurer Georg Franke, mit 101 gegen 81 Stimmen zum Schultheißen der Gemeinde gewählt. Jetzt ist ihm durch das Land-

angenommen hat, um das Vermögen Ihres Bruders ungefährt nach Paris zu befördern.“

Monsieur Didier, erst ganz sprachlos, jubelte laut und schloß den treuen Mann gerührt in seine Arme.

„Also deshalb waren Sie so ruhig bei dem Verlust?“ jauchzte er. „Und ich hatte Sie schon im Verdacht, Sie machten sich nicht viel daraus! Und Ihr Bruder war der eigentliche Transporteur des Schatzes?“

„So ist's, Herr Didier. Hören Sie, wie es zusammenhängt. Nachdem Ihr Herr Bruder mir den Auftrag anvertraut hatte, begab ich mich noch einmal nach Hause, um meine Vorbereitungen zu treffen. Ich denke, ich soll vor Erbauung nachfallen, als ich meine Wohnung betrete: Mein Bruder war angekommen, er war mit seinem Dampfer erst am Spätnachmittag in Oberja eingeladen und da er nicht sogleich von Bord konnte, war er erst spät am Abend bei mir ein und klingelte meine Wirtin heraus, die ihn erst gar nicht einlassen wollte, da wir uns fast gar nicht ähnlich sehen. Er ist nämlich ganz nach der Mutter, ich ganz nach dem Vater. Zunächst war ich erschrocken, daß er das Bagage unternommen. Da konnte ich von einer Angel getroffen oder arretiert werden. Der Herr, schalt ich ihn. Er lachte aber nur und meinte, bevor fürchte er sich nicht. Er gedachte, sich trotz der Anarchie in der Stadt einige Wochen bei mir aufzuhalten — da erzählte ich ihm von meiner Mission und daß ich sofort abreiten müsse. Anfangs war er sehr niederschlagen ob dieses Gedankens, doch mehr weinend, als feiernd. Die Sache ist geschlichtet, als du anwimmst, sagte er, die Verantwortung ist zu groß, ich hätte den Auftrag gar nicht übernehmen. Offensichtlich sollte ich jene Bedenken. Zudem wir uns so forchten, kam mir eine vornehmliche Idee: Ich traze diesem Mannschweini nicht, erklärte ich seinem Bruder, er hat gewiß von meiner Sendung Kenntnis, Herr Didier schenkt ihm zu viel Vertrauen. Wie wär's, wenn ich nur zum Schein den Koffer beschaute, während in Wahrheit da die mir anvertrauten Nachrichten nach Paris schickte? Du darfst dir das Kopieren eines geschätzten Notizen oder Hefenarbeiters, wir wollen alles in eine Kiste, bei einem Arbeiter laßt niemand Schätze und die Kiste mit deiner Kiste um die ganze Erde reisen, ohne der geringsten Inspektion ausgesetzt zu sein. Selbstverständlich sagte ich, daß ich meinem Bruder vertrauen konnte, er war mir ja nicht so sehr gefall, denn er behält noch viele mehr Georg, das und Kluge als ich.“ (Schluß folgt.)

ratsamt Waltershausen die Bestätigung verlangt worden mit der Begründung, daß er als Anhänger der Sozialdemokratie die für die Stelle eines Schultheißen erforderliche „besondere Befähigung“ nicht besitze. Ob die gegen die landräthliche Verfügung eingelegte Beschwerde Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Stenarbeiterstreik in Mathenow beendet. Nach nahezu 20wöchiger Dauer wurde Montag die Beendigung des Stenarbeiterstreiks beschlossen. Bisher waren die Verhandlungen mit den Fabrikanten stets daran gescheitert, weil die Unternehmer eine allgemeine Lohnerhöhung und die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ablehnten. Die Streikenden hatten sich bereits damit abgefunden, daß fürs erste an eine Beilegung des Kampfes nicht zu denken sei. Schließlich verlangten die Unternehmer die Zusammensetzung einer Verhandlungskommission, zu der der Buchbinderverband und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein je sechs Mann delegierten sollten. Darauf konnte sich der Buchbinderverband nicht einlassen, da von den Hirsch-Dunderschen nur zwei am Streik beteiligt waren, von seinen Mitgliedern aber 180. Jetzt hatte nun der Hirsch-Dundersche Gewerksverein hinter dem Rücken der Streikleitung des Buchbinderverbandes Verhandlungen mit den Fabrikanten angeknüpft, bei denen die Unternehmer folgendes Angebot machten: Es wird eine Lohnerhöhung von fünf Prozent gewährt mit Ausnahme der Spezialbranche der Froshmaul- und Blecherei, wo der Aufschlag nur drei Prozent beträgt. Die Arbeitszeit beträgt 66 Stunden wöchentlich. In allen übrigen Punkten bleiben die Bestimmungen des Tarifs von 1907 bestehen. Die Streikenden waren genötigt, zu dem Angebot Stellung zu nehmen, dessen Annahme schließlich mit 80 gegen 62 Stimmen erfolgte.

Lohnbewegung im Tabakgewerbe. In Liegnitz gelang es dem Tabakarbeiterverband, mit allen Firmen einen Tarif abzuschließen, der den Arbeitern durchweg eine 12prozentige Lohnerhöhung bringt. — In Hannover wurde mit zwei Firmen ein Tarif mit 10prozentiger Lohnerhöhung abgeschlossen, während es bei einer dritten Firma zur Arbeitsniederlegung kam, an der über 20 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind.

Glaserarbeiterstreik in Leipzig. Die Arbeiter der Firma Kinon u. Co. in Leipzig-Gutrich sind wegen Lohnabzügen — bis zu 30 Prozent — ausständig geworden. Verhandlungen waren ohne Erfolg; die Firma erklärte nur, die Arbeiter sollten „besser dran gehen“, dann würde der Lohnausfall wett gemacht. Zuzug ist streng zu meiden.

Gewerkschaftliche Erfolge im Nacher Bergrevier. Bei den Knappschäftsleiterwahlen im Bezirk Eschweiler bei Aachen wurden in zwei Sprengeln die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes gewählt. In zwei anderen Sprengeln brachte die Bege ihre Kandidaten durch. Der christliche Gewerksverein ging leer aus, trotzdem er diesmal die Fahne des katholischen Arbeitervereins herausgesteckt hatte. — Einige Tage früher fanden in Eschweiler die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse statt. Auch hier kam die Liste der freien Gewerkschaften durch.

Die „Einigkeit“ als Verleumdung. Nach der Beendigung der Bauarbeiter-Auspeerrung verurteilten einige Lokalen in Köln unter den Bauhilfsarbeitern Mißstimmung über den Friedensschluß zu erregen. Es gelang ihnen auch, 12 Mitglieder des Bauarbeiterverbandes zum Austritt aus ihrer Organisation zu bewegen. Um diese Kollegen davon zu überzeugen, daß sie unrecht gehandelt hätten, lud der Lokalkomitee des Verbandes, Genosse Georg Fröhlich, sie zu einer Besprechung ein. Es hatten sich dazu auch einige andere Mitglieder des Verbandes eingefunden, die eine Sektionsversammlung abgehalten hatten und in das Lokal später noch einmal eingeführt waren. Im Verlauf der Erörterungen kam es zu erregten Zwischenrufen, einer der Lokalführer wurde fälschlich, was sich die anderen natürlich nicht gefallen ließen. Über diesen Vorgang berichtet die „Einigkeit“ unter der Spitzmarke: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlage ich Dir den Schädel ein!“ Es wurde behauptet, daß Genosse Fröhlich die Ausgetretenen nur zu dem Zwecke eingeladen hätte, um sie zu verprügeln, wenn sie nicht ihren Austritt wieder rückgängig machten. Diese Notiz machte dann die Kunde durch die bürgerliche Presse; es sollte damit wieder einmal ein Fall von sozialdemokratischem Terrorismus festgelegt sein. Genosse Fröhlich strengte gegen den verantwortlichen Redakteur Thiem eine von der „Einigkeit“ eine Klage an, um den wahren Sachverhalt gerichtlich festzustellen. Das Kölner Schöffengericht, das sich am Freitag mit der Angelegenheit befaßte, verurteilte Thiem zu 50 M. Geldstrafe wegen übler Nachrede; seine Widerklage wurde abgewiesen. Durch die Bemerkung wurde festgestellt, daß erst auf den Angriff eines Lokalführers hin sich die anwesenden Verbandskollegen zur Wehre setzten und daß Fröhlich in durchaus wohlmeinender Absicht die Besprechung veranfaßte. Die Strafe wurde verhältnismäßig hoch bemessen, weil die verurteilten Angriffe der „Einigkeit“ dazu angetan waren, den Genossen Fröhlich als Angehörigen seiner Organisation in der Achtung der Mitglieder herabzusetzen. Nebenbei sei bemerkt, daß die nach dem Ende des Kampfes im Baugewerbe ausgeschiedenen Mitglieder — etwa ein Duzend — sich inzwischen eines Besseren bemaßen und dem Verbands wieder beigetreten sind.

Ein merkwürdiges Gewerbeurteil wurde vor kurzem vom Gewerbegericht in Kottbus gefällt. Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde: Ein Krankenwärter hatte gegen seinen früheren Arbeitgeber, den Besitzer einer Privatklinn wegen unrechtmäßiger sofortiger Entlassung Klage auf Zahlung von Gehalt für einen halben Monat, Entschädigung für Kost und Logis und Ausstellung eines anderen Zeugnisses erhoben. Das Gewerbegericht hat die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Es machte sich die Ausföhrung des Beklagten zu eigen, wonach dieser zur Entlassung berechtigt gewesen sei, weil der Krankenwärter einen, in der „Sanitätskarte“ veröffentlichten Artikel verstoß oder das Material waga geliefert habe. Die Entlassung rechtfertigte sich aus § 123 G.-D. (Abs. 5). — Diese Entscheidung geht durchaus fehl. Der angezogene Paragraph spricht von groben Verleumdungen. Eine solche liegt hier überhaupt nicht vor. Selbst am ferner, daß das Gericht ohne weiteres in der Veröffentlichung in der „Sanitätskarte“ eine Verleumdung erblickt, ohne Zeugen darüber vernommen zu haben. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt, um festzustellen, ob die hier zutage tretene Rechtsauffassung juristisch allgemeine Anwendung finden kann.

Auspeerrung der Pforzheimer Gold- und Silberarbeiterbewegung. Der Kampf in Pforzheim, den die dortigen Schmarfmacher in frivoler Weise vom Zaune gehockt haben, nimmt immer größere Dimensionen an. Zurzeit stehen ca. 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf, die zum Teil streiken, zum Teil ausgepeert sind. Ende dieser Woche dürften noch ca. 5000-6000 Personen, wenn nicht mehr, dazu kommen. Damit wird die Industrie in Pforzheim gänzlich zum völligen Stillstand kommen. Bei den Unternehmern, die einen derartigen Widerstand nicht erwartet haben, sondern die dachten, daß auf die Drohung

der Ausspeerrung hin die Arbeiter der Organisation den Rücken kehren würden, herrscht das größte Durcheinander. Sie sehen jetzt langsam ein, daß der Rat, den ihnen ihre Oberstufenmacher gegeben haben, für sie die schwerste wirtschaftliche Schädigung bedeutet, und einzig und allein die Angst vor der moralischen Niederlage dürfte es noch sein, die sie hindert, das zu tun, was vernünftig wäre: mit dem Arbeiterfrieden zu machen. Die Arbeiter selbst, die zum erstenmal in Pforzheim in dieser Industrie in einen Streik bezogen, in eine Ausspeerrung verwickelt werden, sind durch das brutale Vorgehen der Fabrikanten auf das Äußerste erbittert und statt Niedergeschlagenheit herrscht eine Kampfesstimmung, die Gewähr dafür gibt, daß der Übermut der Schmarfmacher gebrochen wird. Zuzug nach Pforzheim ist jedoch auf das strengste fernzuhalten.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress. Montag, den 14. November, hat der diesjährige Kongress der nordamerikanischen Gewerkschaftszentrale, der „American Federation of Labor“ begonnen. In seinem Bericht an den Kongress weist der Präsident G. O. Meyer darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung Nordamerikas sich seit der Gründung der Federation vor nunmehr 30 Jahren und seit dem letzten in St. Louis abgehaltenen Jahrestage im Jahre 1888, nicht nur riesig entwickelt und außerordentlich viel zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen beigetragen habe, sondern daß sie auch immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor im öffentlichen Leben werde. Am 1. Oktober 1910 waren der Landeszentrale angeschlossen 120 Zentralverbände, 39 Staats- oder Territorialverbände, 632 Gewerkschaftskartelle, 431 Lokalgewerkschaften und 216 andere Verbände. Die angeschlossenen Zentralverbände haben annähernd 28 000 Zweigvereine, von denen 12157 im letzten Jahre gegründet sind. Die durchschnittliche Mitgliederzahl war im Berichtsjahre 1 561 151, gegen 1 482 872 im Jahre 1908-09, 1 586 888 im Jahre 1907-08. Daraus folgt, daß der durch die letzte Krise verursachte Mitgliederrückgang so gut wie eingeholt ist. Der Bericht rechnet außerdem mit rund 100 000 Mitgliedern der angeschlossenen Verbände, für welche ein Beitrag nicht gezahlt wird. — Die Gesamteinnahmen der Federation beliefen sich auf 193 470 Dollar, gegen 232 377 Dollar im Vorjahre, die Ausgaben auf 177 889 Dollar gegen 208 702 Dollar im Vorjahre. — Im Laufe des letzten Jahres wurden von sämtlichen angeschlossenen Mitgliedern Beiträge erhoben wie folgt: zwei Cents pro Mitglied zur Unterstützung der Gutmacher in ihrem Kampfe gegen Loewe u. Co., in dem sie zu 222 000 Dollar Schadenersatz verurteilt waren. Wie aus der Abrechnung hervorgeht, umfaßte die Verteilungsschrift nicht weniger als 12 525 Schreibmaschinenseiten Folio. Dieser 2-Cents-Beitrag brachte 27 700 Dollar ein, ein weiterer 3-Cents-Beitrag für den gleichen Zweck aber nur 1150 Dollar. — Dann wurde je ein 1-Cents-Beitrag ausgeschrieben für die Verteilung der angeklagten Leiter der American Federation of Labor in dem bekannten Bonkottprozeß, sowie zur Agitation in besonders gefährdeten Orten, doch haben beide Ausschreibungen fast gänzlich verfehlt. Die angeschlossenen Verbände berichteten über insgesamt 827 Streikbewegungen, von denen 470 mit vollem Erfolge, 84 mit teilweise erfolgreichem, während 62 Streiks verloren gingen und 259 noch nicht beendet waren. Insgesamt waren 341 448 Arbeiter beteiligt; Verbesserungen wurden für 502 996 Arbeiter erzielt, während 12 309 Beteiligte keinerlei Vorteile errangen. Das Vermögen der American Federation ist von 165 000 Dollar auf 180 000 Dollar gestiegen. Scharfe Kritik wird in dem Bericht an dem Verhalten des Parlaments geübt, das sich seine Rechte als Volkregierung beschneiden läßt und dessen Mitglieder aus Furcht, Vorteile einzubüßen, nicht zu opponieren wagen. Den Kampf um die ursprünglich demokratische Verfassung und Form der Volksregierung werden die Gewerkschaften weiter führen müssen. Der Anschluß an das internationale Sekretariat hat bedeutend zur Annäherung der Gewerkschaften Amerikas und der Alten Welt beigetragen. Es wird empfohlen, auch zur nächsten internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die 1911 in Budapest stattfindet, einen Vertreter zu entsenden und die in Paris gestellten Anträge auf Schaffung einer internationalen Federation der Arbeit aufrecht zu erhalten. Mit Bedauern wird konstatiert, daß den Anforderungen des internationalen Sekretärs Legien in bezug auf statistische Mitteilungen über die amerikanischen Gewerkschaften nicht entsprochen werden konnte, weil in dieser Beziehung leider von den amerikanischen Gewerkschaften noch zu wenig getan wurde. Es wird daher ausdrücklich auf die Notwendigkeit hoher Beiträge, Ausbau des Unterstüßungswesens, Vereinheitlichung der Methoden und Einrichtungen sowie Ausbau der Statistik hingewiesen.

Kommunales.

Kommunalwahlen. In Stettin wurden am Montag die regelmäßigen Ergänzungswahlen der dritten Abteilung vorgenommen. Es waren sieben Stadtverordnete zu wählen; fünf Mandate waren in unserem Besitz. Obwohl die sozialdemokratischen Stimmen in Höhe von 1700 gestiegen sind, während die Gegner nur um etwa 750 Stimmen zunahmen, gelang es uns nicht, den alten Besitz zu sichern. Vier Bezirke blieben uns erhalten, in einem Bezirk findet eine für uns aussichtsreiche Stichwahl statt. — Einen schönen Erfolg haben die Genossen in Plauen i. V. bei der Stadtverordnetenwahl errungen. Der Partei fällt zum erstenmal ein Erschmann zu. Unsere Stimmenzahl liegt gegen das Vorjahr von 1040 auf 1271. Nur wenige Stimmen fehlten uns, und wir hätten alle vier Ertragsteue durchgebracht.

Eine neue Offenbacher Affäre. Mit der Zerplitterung der großen Offenbacher Ortskrankenkasse in eine Anzahl Betriebskrankenkassen wollen es die ob ihrer Niederlage bei den letzten Stadtverordnetenwahlen fürchtbar erbitterten Unternehmer nicht genug sein lassen. Sie haben eine neue Gelegenheit gefunden, ihre Rache an den fleißigen Sozialdemokraten zu nehmen. Bisher ist die Polizei in Offenbach städtisch und ihr Chef ist der Bürgermeister. Dieser, Dr. Dullow, wurde seinerzeit von der sozialdemokratischen Mehrheit an Stelle des nationalliberalen Herrn Dr. Brinl gewählt und ist den Bürgerlichen deshalb tief verhaßt. Da nun auch die Stadtverordnetenmehrheit wieder sozialdemokratisch ist, befindet sich die Polizeigewalt nach Meinung der Bürgerlichen ganz in den Händen der „Amfänger“. Das mußte geändert werden, und ein an sich geringfügiges Ereignis gab dazu sehr erwünschten Anlaß. Vor einigen Tagen zog ein Teil der Besucher einer Protestversammlung gegen die Moabiterei gegen 1/10 Uhr abends durch einige Straßen der Stadt und brach vor dem Hause der nationalliberalen „Offenbacher Zeitung“, wie vor dem Hause des nationalliberalen Führers und Hauptanführers der Krankenkassensprellerei, Th. Brehm, in heftige Worte der Mißbilligung aus. Die Kundgebung war ganz spontan aus der erklärlichen Erbitterung der Arbeiter ohne Wissen und Zustimmung der leitenden Personen entstanden und hatte übrigens auch keinerlei Schäden verursacht. In der nächsten Stadtverordneten-Sitzung aber inhielten die vereinigten Nationalliberalen und Zentrumsleute einen großen Entnähungsummel und setzten diesen in einer für den nächsten Abend veranfaßten Protestversammlung gegen den sozialdemokratischen Demonstrationsummel fort. In einer Resolution wird den zur Aufrechterhaltung der öffentlichen

Ordnung berufenen Stellen vorgeworfen, daß sie keinen Versuch gemacht hätten, durch geeignete Maßnahmen, wie sie vorgekommen sind, zu verhindern. Die Resolution, die nach den festgestellten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Arbeiter, ihrer Führer und des sozialdemokratischen Bürgermeisters Dr. Dullro die natürlich einmütig angenommen wurde, spielte in der Forderung, die Offenbacher Polizei zu verstaatlichen, und zwar wurde diese Forderung sowohl an die Regierung wie an den Landrat gerichtet. Das war denn auch der ganze Zweck der Übung: der demnächst eintretenden sozialdemokratischen Mehrheit und dem verhassten Bürgermeister jede Einwirkung auf die Polizeiverhältnisse Offenburg zu nehmen. Wenn die Regierung darauf eingeht, was immerhin noch zweifelhaft ist, haben die verbündeten Schwarzblauen der Stadt dauernd einen wichtigen Teil ihrer Selbstverwaltung genommen, trotzdem dieselben Leute noch im letzten Wahlkampf heuchlerisch versprochen, entschieden für Erhaltung und Erweiterung der kommunalen Selbstverwaltung einzutreten. Offenbar haben diese „Verteidiger bürgerlicher Rechte“ jede Hoffnung, jemals wieder selbst in Offenburg die Mehrheit zu gewinnen, aufgegeben und in blinder Nachsicht und Wut geben sie nun die besten Rechte der Gemeinde an die Staatsgewalt frei.

Ein freisinniger Reichsverbandsschwindel.

Die freisinnige „Zittauer Morgenzeitung“ erzählt eine lange Geschichte über sozialdemokratische Theorie und Praxis, die mit Behagen von der ganzen Reichsverbandspresse, einschließlich der freisinnigen, abgedruckt wird. Es handelt sich um eine Frau, die für ein Bezugsquellenverzeichnis der sozialdemokratischen „Zittauer Volkszeitung“ ein Jahresinserat aufgegeben hatte und der Annahme war, das Inserat koste nur eine Mark, während ihr dann eine Rechnung über 156 Mk. zugesandt wurde. Versuche, von der Zahlung der 156 Mk. entbunden zu werden, scheiterten, trotz der Bemühungen des Redakteurs der „Zittauer Volkszeitung“, und daraus wird nun sofort gefolgert, daß sozialdemokratische Blätter Inserate zu ergattern versuchen und dann herlos und rücksichtslos die Gelder eintreiben, auch wenn Unbemittelte in Frage kommen. Die ganze Geschichte ist wieder einer jener plumpen Schwindel, wie sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer und immer wieder gegen die Sozialdemokratie in Szene gesetzt werden. Die Inserate für das Bezugsquellenverzeichnis werden nämlich durch ein Inseraten-Bureau gewonnen, das mit der Sozialdemokratie nicht das allermindeste zu tun hat. Die sozialdemokratische Zeitung befindet sich in diesem Falle lediglich in der Rolle eines Druckers, der dem bürgerlichen Inseraten-Bureau gegenüber einen Druckauftrag auszuführen hat.

Die „Zittauer Volkszeitung“ erläßt in der Angelegenheit folgende Erklärung:

Zum Bezugsquellen-Verzeichnis machen wir darauf aufmerksam, daß der Verlag der Volkszeitung nicht der Unternehmer dieses Verzeichnisses ist. Die Volkszeitung führt lediglich den Inseratenauftrag aus, den sie von der Firma Albricht in Dresden wie von jedem anderen Inserenten erhält. Beschwerden aller Art bitten wir daher an die Firma Albricht in Dresden zu richten. Wir sind aber zur Übermittlung der Beschwerden bereit, bitten auch, sie durch unsere Hände gehen zu lassen, damit wir von ihrem Inhalte unterrichtet sind.

Wir fügen dem noch hinzu, daß das Bezugsquellenverzeichnis ein rein privates Unternehmen ist, wie jede andere Annonce-Expedition und mit der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste zu tun hat. Die Annonce-Expedition wird sich sehr dagegen verwahren, als sozialdemokratisches Unternehmen bezeichnet zu werden. Es ist dasselbe Unternehmen, das die Inserate für den Theaterzettel akquirierte, der in der Druckerei der fortschrittlichen „Zittauer Morgenzeitung“ hergestellt wird. Sofern die Akquisiteure mit unlauteren Mitteln gearbeitet haben, werden die ordentlichen Gerichte den Vertrag für ungültig erklären. Nach Prüfung aller Umstände werden wir zu der Angelegenheit endgültig Stellung nehmen und darüber den Interessenten Mitteilung machen.

Der Verlag der Volkszeitung.
Werden jetzt die Schwindelrügen der Wahrheit die Ehre geben?

Soziales.

Arbeitslosigkeit in Berlin. Von der großen Arbeitslosigkeit in Berlin kann man sich nach der Vermittlungstätigkeit des paritätischen Zentral-Arbeitsnachweises einen ungefähren Begriff machen. In der letzten Sitzung des Zentralvereins für Arbeitsnachweis berichtete der Vorsitzende Dr. Freund von der Vermittlungstätigkeit der drei Quartale dieses Jahres. Hiernach hat sich der Geschäftsumfang bedeutend gehoben. Die Zahl der eingeschriebenen arbeitslosen Personen betrug insgesamt 170 000 (+ 38 000), die Zahl der gemeldeten offenen Stellen 165 000 (+ 50 000), die Zahl der besetzten Stellen 120 000 (+ 35 000). Der Gesamtvorstand beschloß, den Magistrat Berlins zu ersuchen, in der nächsten Voranschlag eine erhöhte Summe für die Unterstützung des Vereines einzustellen und mit ihm über die weitere Entwicklung des Arbeitsnachweises in kommissarische Verhandlungen zu treten. Die wirkliche Arbeitsvermittlung für Berlin wird damit natürlich noch lange nicht zahlenmäßig dargestellt, da verschiedene Verbände, wie die der Metallarbeiter, Buchdrucker etc. ihre eigenen Arbeitsnachweise haben.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Die Mittwochvormittags-Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des englischen Journalisten While, der den Vorgang eingehend schildert, bei welchem Schugleute blindlings auf die englischen Journalisten eingeschlagen haben. Die vier englischen Journalisten, die am Abend des 28. September in das Gebiet der Unruhen führten, wurden zunächst von Polizeioffizieren sehr zuvorkommend und höflich behandelt und von einem Polizeileutnant wurde ihnen gesagt, daß im kleinen Biergarten sich eben ein Zusammenstoß ereignet habe. Sie führten dorthin und hielten auf einer fast menschenleeren Straße der Turnstraße. Nur zwei Mädchen waren in der Nähe, die von Schugleuten mit blanken Säbeln fortgetrieben wurden. Plötzlich hörten sie wie ein Mann rief, Auto weg und dreinschlagen. While

kändlicher Journalisten als Legitimation hoch. Aber im nächsten Augenblick stürzten auch schon bereitete Schugleute herbei und ließen auf alle vier ein. Auch der Chauffeur wurde mißhandelt und dadurch am Lenken des Autos und am Befahren verhindert. Die Engländer führten dann ins Krankenhaus und ließen sich verbinden. Auf die Bemerkung des Vorstehenden, daß die Journalisten gestikuliert hätten, wird das von While, wie von den anderen Journalisten, die in gleicher Weise ausfielen, entschieden bestritten. While weigert sich, die Antwort des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe auf die Beschwerde der Engländer im Wortlaut vorzutragen. Seine beantragt, daß um daraus festzustellen, daß die Polizeibeamten selbst ihren höchsten Vorgesetzten falsch berichtet haben. Das Gericht lehnt die Zulassung der Frage ab, weil nicht genau spezifiziert sei, welcher Polizeibeamte falsch berichtet haben soll und was falsch berichtet worden sein soll. Anwalt Heine erweitert nun den Antrag der Verteidigung dahin, daß er den Polizeikommissar Fritsche als den Berichtstäter bezeichnet; das Gericht behält sich Beschlusfassung vor. Fritsche, als Zeuge vernommen, bestreitet, den Bericht abgefaßt zu haben. Er habe gerufen, Auto weg, weil er die Journalisten als Anführer hielt. Den Befehl zum Dreinschlagen habe er nicht gegeben, habe es aber auch nicht verhindern können, weil es zu rasch gegangen sei. Ein Schutzmann und ein Polizeileutnant, die zu dieser Sache vernommen werden, wissen nichts Wesentliches auszulagen.

Die Nachmittagssitzung gestaltet sich zu einer furchtbaren Anklage gegen die Polizei. Die Verteidigung ließ eine große Reihe von Zeugen aufmarschieren, die davon zu erzählen wußten, wie Polizeikräfte, uniformierte und Kriminalbeamte auf ruhig ihres Weges gehende Passanten ohne jeden Grund eingeschlagen haben. So sagte der Chauffeur des Autos, in dem die englischen Journalisten saßen, aus, ein Junge sei von einem Schugmann blutig geschlagen worden, obwohl es in der Straße ganz ruhig war. Der Schugmann habe dem Jungen im Vorbeigehen einen Hieb mit dem Säbel versetzt, der Junge fiel nieder, der Schugmann lief weiter. Noch am anderen Tage seien Blutlachen auf der Straße zu sehen gewesen.

Drei Ärzte des Krankenhauses Moabit sagten übereinstimmend aus, daß das Auto der englischen Journalisten erst zum Halten veranlaßt sei, und daß dann ein Schugmann ohne jede Veranlassung auf die Insassen eingeschlagen habe.

Ein arger Kreuzverhör hatte der Schugmann Wenzel zu überstehen, der als derjenige ermittelt ist, der auf das Auto eingeschlagen hat. Er sagt aus, er sei mit einem Stein geworfen worden, weiß aber nicht, aus welcher Richtung oder woher der Stein gekommen ist. Er will gesehen haben, wie neben dem Auto ein Mann stand, der mit einem Beamten verhandelte. Er glaubte, daß der Beamte in Gefahr sei, eilte hinzu und schlug sofort auf den Passanten ein. Der Passant war einer der englischen Journalisten. In die Enge getrieben, erklärte der Schugmann, der Mann habe nach der Tasche gefaßt. Die Verteidigung machte ihm klar, daß er das nur getan hat, weil er seine Legitimation herausholen wollte. Dieser Zeuge wird mit dem Chauffeur konfrontiert, und hierbei ergab sich ganz zweifellos, daß er derjenige war, der das Auto zum Anhalten veranlaßt und dann sofort auf den Chauffeur losgeschlagen hat. Eine tumultuierende Menge war zu dieser Zeit, wie auch die drei Witzensärzte bekundeten, nicht da.

Ein Zeuge, offenbar aus dem bürgerlichen Publikum, schilderte ausführlich, wie er selbst und ein anderer Herr nach Hause gehen wollten und von Schugleuten verprügelt wurden, als sie um die Erlaubnis baten, die Schugmannskette passieren zu dürfen.

Ein anderer Zeuge stand an der Straßenbahnhaltestelle und wartete auf seine Bahn; ihm rief ein Schugmann zu: „Mach, daß du wegkommst, oder ich schieße dich über den Haufen!“

Ein anderer Zeuge, der gleichfalls auf dem Heimwege war, wurde derartig von Schugleuten geschlagen, daß er zu Boden fiel. Als er sich erheben wollte, rief ihm ein Schugmann zu: „Was, du Hund, lebst noch“, und schlug von neuem auf ihn ein. Er fiel wieder zu Boden und wurde so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er längere Zeit gelegen hat.

Darauf wurde ein Kriminalschugmann vernommen, der mehrfach gesehen haben will, wie ein Mann mit einem Hammer hinter der Menge gestanden hat. Auf Befragen sagt er aus, daß er vermutet habe, daß der Mann das Pflaster aufreihen wolle. Trotzdem hat er ihn nicht festgenommen. Die Verteidigung wies darauf hin, daß ein solches Verhalten für einen Beamten doch höchst eigenartig sei.

Darauf wurde die Verhandlung auf Freitag vertagt; Donnerstag fällt die Sitzung aus.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine militärische Todsünde. Das Kriegsgericht in Düsseldorf hatte den Unteroffizier Gustav Benz von der 5. Kompanie des Infanterie-Reg. 58 in Kalk zu sieben Wochen Gefängnis und zur Degradation verurteilt, weil er aus Anlaß eines verweigerten Urlaubs auf der Mannschaftsstube geäußert hätte: „Jetzt bin ich noch kein Sozialdemokrat, kann aber noch dazu kommen.“ Das Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz ermäßigte die Strafe auf sechs Wochen Mittelarrest und nahm auch von einer Degradation Abstand.

Aus Nah und Fern.

Drohnen der menschlichen Gesellschaft. Wohin die Verhältnisse in der heutigen Gesellschaftsordnung, die von pfiffigen Demagogen als „von Gott gewollt“ hingestellt wird, führen, zeigt ein Artikel, der in der engl. Frauenzeitschrift „Girls Own Paper“ erschienen ist. Danach sind die Ausgaben einer Dame für ihre Toiletten in den letzten Jahren ungefähr um das Sechsfache (!) gestiegen. Die Zahl der Toiletten, die eine Dame der vornehmen Welt haben muß, ist drei- bis viermal so groß wie früher. Ein Duzend Hüte für die Saison, wo sonst zwei oder drei genügte, kann nicht mehr als „extravagant“ angesehen werden. Es soll keine Seltenheit sein, daß eine Dame für einen Hut mit schönen Straußenfedern 1000 Mk. (geschrieben: eintausend Mark) und für ein Paar eleganter Schuhe 120, auch 200 und 300 Mk. bezahlt. Wenn man früher, so heißt es weiter, eine kostbare Abendtoilette sich schon für 600 Mk. herstellen lassen konnte, erscheinen jetzt die Damen bei großen Gesellschaften mit Toiletten, die 800 bis 2000 Mark kosten. Die Schuld an diesem wahnsinnigen Luxus schreibt die Verfasserin des Artikels den reichen Amerikanern zu, die den Geist des Proleteniums in die europäische Gesellschaft hineintragen. Auch ein Zeichen für die neue Kultur der oberen Gesellschaft Europas, daß sie sich den Verwüstenheiten der amerikanischen Schwelgereizgattinnen und -höcher unterordnet. Die amerikanische Frau wird in dem Artikel als Heibetel bezeichnet, selbst der Pariser-Modemarkt muß sich ihren Wünschen und Schreullen anpassen. Der Ausdruck einer Dame den die Verfasserin mitteilt, bildet die beste Illustration für den raffinierten Luxus in den oberen Klassen.

nen. Die erzählte nämlich, als jungverheiratete Frau sei sie mit 2000 Mark im Jahre ganz gut ausgetommen. Jetzt verbrauche sie 20 000 (zwanzigtausend) Mark und müsse dabei sehr sparsam (!!) sein und sich sehr einschränken, um nicht allzu sehr hinter dem geforderten Luxus zurückzubleiben. — Trefflicher kann wohl der Wahnsinn der heutigen Gesellschaftsordnung nicht gekennzeichnet werden als durch solche Tatsachen. Und das ist dieselbe Gesellschaft, die Gift und Galle speit, wenn die Arbeiter sich erdreisten, auch etwas von dem Segen ihrer Arbeit zu fordern, und alle Mittel, selbst die brutalsten, anzuwenden, wenn es gilt, streikende Arbeiter niederzubütteln. Für die Arbeiter sollten diese Zustände einen erneuten Ansporn bilden, mit der heutigen Klassenherrschaft aufzuräumen!

Paetels Austritt aus der Kirche. Ein Berliner Mittagsblatt hat den Professor Paetel telegraphisch um Angabe der Gründe für seinen Austritt aus der Kirche erlucht. Professor Paetel hat daraufhin geantwortet: „Die Überzeugung, daß die Trennung von Kirche und Staat, ebenso die Trennung von Kirche und Schule, zu einem immer bringenderen Kulturgebot wird; ferner die zunehmende politische Reaktion durch den überwiegenden Einfluß des Schwarzblauen Blocks; die zwangswise Erziehung zur religiösen Heuchelei; endlich die persönliche Empörung über die fortgesetzten jesuitischen Anklagen der kirchlichen und konservativen Presse gegen die angeblichen Fälschungen von Embryonen-Bildern.“

Eisenbahn-Unglück. Auf der Eisenbahnstrecke Görlitz-Zittau stieß mittags der Personenzug 605 kurz vor Ostfisch auf eine Anzahl Güterwagen. Der Zusammenstoß erfolgte mit großer Gewalt. Die Lokomotive des Personenzuges wurde zertrümmert und auch der sonstige Materialschaden ist bedeutend. Eine Anzahl Personen soll verletzt sein. Von Zittau aus ging ein Hilfszug sofort an die Unfallstelle ab.

Aus Versehen zum Tode verurteilt. Die Geschworenen des Departements der Rhonemündungen hatten, wie aus Paris berichtet wird, zwei Hachen zum Tode verurteilt und zwei andere unter Bewilligung mildernder Umstände zu fünf- und zehnjähriger Zuchthausstrafe. Nun wird man aber gemahnt, daß sich die Geschworenen einfach in den Namen getrennt haben, indem sie diejenigen Angeklagten, denen sie die mildernden Umstände zubilligten, dem Tode überantworteten, während sie die Hauptschuldigen nur zu Zuchthaus verurteilten. Die Verteidiger der fälschlich zum Tode Verurteilten haben ihre Klienten ein Kassationsgesuch unterzeichnen lassen, sodas die Angelegenheit eine zweite Schwurgerichtssitzung in Anspruch nehmen dürfte. Raum gläublich.

Einrichtung Crippens. Aus London wird gemeldet: Crippen wurde gestern früh hingerichtet. Er hat vor seinem Tode weder ein Geständnis abgelegt, noch irgend eine Erklärung abgegeben.

Ein glückliches Städtchen. Statt daß sie Umlagen bezahlen mußten, wurden an die Bürger von Gubern in Unterfranken — 284 an der Zahl — die Brennholzschätzungen für das Jahr 1909 aus der Bürgerwaldkasse verteilt. Jeder Bürger erhielt den Betrag von 50 Mk. ausbezahlt.

Ein unheimliches Kulturbild aus einer Zentrumdomäne. Wird in einer Broschüre entrollt, die den Titel führt: „Menschenopfer in Bayern, ein Kulturbild aus dem Bierlande“. Der Verfasser ist ein Rechtsanwalt Potter, der in Landsbut, inmitten in einer zentrumsrennen Gegend, wohnt, und aus eigener Anschauung spricht. Er spricht von einer „schändlichen sittlichen Verrohung“ und führt diese auf den Biergenuß zurück, der das Volk nach und nach „auf die denkbar tiefste Kulturfiefe in bezug auf Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Lebens und der menschlichen Gesundheit“ bringe. So seien in Niederbayern in den Jahren 1900 bis 1908 200 Personen einer Körperverletzung mit nachfolgendem Tode zum Opfer gefallen, davon 131 an Sonn- und Feiertagen, den Tagen des erhöhten Biergenusses. Nächstern seien die Niederbayern eigentlich nur am Freitag. Aus dieser Statistik steigt der Geruch von Menschenblut empor, die angstverzerrten Gesichter der Todesopfer, umtobt von dem Wutgeschrei vertierter menschlicher Bestien, grinsen aus den Zahlen heraus. Das Volk leidet, das Volk selbst, wie es in betrunkenem und noch mehr in angetrunkenem Zustande die eigenen Volksgenossen absieht wie die Schweine und totschlägt wie die Hunde, hieselbst in diesen Daten... — Wirklich eine liebliche Schilderung der Kulturzustände in dem frommen Niederbayern, das nur Zentrumsmänner als seine Vertreter in die Parlamente schickt. Die Zentrumspreffe, die bei den wichtigsten Anlässen so gern von dem „verrohenden Einfluß“ der sozialdemokratischen Erziehung spricht, möge sich einmal um Aufklärung bemühen, wenn die in der Broschüre geschilderten Erziehungsergebnisse in dem gottesfürchtigen Niederbayern zu danken sind.

Schweres Unglück. Aus Lissabon wird gemeldet: Ein Eisenbahnzug der Strecke Lissabon-Saraguen überfuhr sieben Leute, die sich in einem Tunnel auf dem Rocio-Bahnhof in Lissabon befanden. Zwei wurden getötet, die fünf anderen in bedenklichem Zustande ins Hospital geschafft.

Ein verhängnisvolles Versehen. Aus Wien wird berichtet: In der Bürgerschule des Vorortes Hietzing wurde der zwölf Jahre alte Karl Nowak, der Sohn eines Motofahrers, in einem Richtigloschmer vererbt aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß der Knabe am Nachmittag des vorhergehenden Tages von seinem Lehrer wegen eines kleinen Vergehens eingeschickt worden war. Bei Schulschluß hatte der Lehrer vergessen, den Knaben wieder freizulassen. Als die Dunkelheit hereinbrach, fürchtete sich der Knabe und versuchte sich selbst einen Ausgang zu verschaffen, wobei er aber unglücklicherweise durch das Fenster in den Richtigloschmer stürzte. Die besorgten Eltern stellten Erkundigungen über den Verbleib ihres Kindes an, und es ergab sich, daß man den Knaben vermissen hatte. Eine strenge Untersuchung des aufsehenerregenden Falles ist eingeleitet worden.

Arbeit schändet! Das „Kasseler Volksblatt“ bringt, bisher unwidersprochen, eine Nachricht, die aufzuklären das Kultusministerium alle Veranlassung hat. Danach soll in Schwwege ein Gerichtsvollzieher, der auf seinen Gärten von der davorliegenden Straße Herbedünger gebracht hat, auf die Anzeige aus Kollegenkreisen wegen nicht kanndesgenmäßiger Beschäftigung vom zuständigen Oberlandesgerichtspräsidenten v. Hassel in Kassel deswegen in irgendeiner Form zur Strafe verurteilt sein. Diese Nachricht würde im Falle der Richtigkeit einen echten Bild in die Seele der höheren preußischen Bureaokratie tun lassen. Wie soll der Mann auf dem Lande seinen Garten denn düngen? Was können sich höhere Beamte alles erlauben, ehe sie überhaupt einen „Rüssel“ bekommen, der ihnen den Weg weist? Außerdem geschieht eine solche Beschäftigung wehrlos, höchstens war der Gerichtsvollzieher unter Umständen auch zur Reinigung der Straße als „Unflieger“ verpflichtet. Wie viele Beamte verrichten Gartenarbeit? Ob das Ministerium die Sache billigen wird, wird von Interesse sein.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schwabe, Druck: Friedr. Meyer & Co. Camilla in Lubeck.

Gebr. Barg Tel. No. 1739
Lübeck.
 Manufaktur- und Leinenwaren.
 Aussteuer-Artikel.
 Damen- und Kinder-Konfektion.
 Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Ein-
 kauf von **Margarine**
 verlange man ausdrücklich die
 erstklassigen Margarinemarken
 der **A. L. Mohr**
 Firma G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
 Überall erhältlich!

Erscheint dreimal wöchentlich

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
 Tel. 8971 August Scheere Tel. 8973
 Holstenstr. 19. Tel. 8972.
 Hüxstr. 22.24. Tel. 8977.
 Warendorferstr. 21. Tel. 8976.
 Breitestr. 44. Tel. 8974.
 Mühlenstr. 20. Tel. 8975.
 Parvevalstr. 32. Tel. 8978.

Bezugsquellen-Verzeichnis

H.E. Koch Möbelhäuser
 bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
 Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spiegel,
 Matratzen, Musterb. grat. Lief. frei.

**Billigste Bezugsquelle für
 Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen**
Adolf Borgfeldt,
 Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Schuhwarenhaus A. Popp, Breite-
 str. 7.

Den Lesern bei
 Einkäufen auf's
 beste empfohlen

Fahrer-Wagen
 G. Stooss
 Fischer-
 grube 25

A. N. Becker
 Uhrmacher
 Uhren und
 Goldwaren
 Spezialität:
 Trauringe
 Holstenstr. 32

Abzahl-Geschäft
S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.

Art. z. Krankpfl.
 F.W. Busch, Lübeck, Roeststr. 5b.
F. W. Heyde, König-
 str. 38.
 Henry Möller, Blücherstr. 20.
 Karl Paezel, Wickede, 3. Tel. 1487.
 H. Rühl, Hüxstr. 34. Lieferant
 f. Runge, Moisinger Allee 6a.
 Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
 D. Riebelson, Königstr. 111. Tomb-
 u. Schieß-u. Kegelschw.

Bäckereien
 Paul Burmeister, Lübeck, Lg. Lohb. 49.
 Dampfbackerei, Hansa
 J. C. D. Junge & Co.
 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann, Fischer-
 grube 47.
 T. F. Hinrichs, Moisinger Allee 43.
 H. Jürgens, grube 76.
 H. Jürgens, Warendorferstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr.
 52. Fein-Weiß-
 u. Grobbäckerei.
 With. Krahn, Fackelnb. Allee 57a.
 A. Netelmann, Schlum-Str. 1. Sp.
 Heiner Tamm, Wickede, 20.
 E. Reinhold, Weib-Fein-
 u. Grobbäckerei.
 Moisinger, Grob-
 u. Weißbäckerei.
 J. Schünemann, Reinfeld, Kirchsteig
 Fein-Weiß-
 u. Grobb.
Joh. Elvers, Schütup,
 Lübeckerstr. 46.
 Ad. Hinzelmann, Schütup,
 Weisler-
 str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
 B. Plath, Lübeckerstr. 3.
 Herm. Steffen, Secretz.
 W. Steinhof, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Georg Behack,
 Lübeck, Warendorferstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdigungsanstalt
 A. Brodersen, Asialienstr. 7. Tel. 1000.
H. Horenburg, Paulstr. 16. Särge
 in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
 Wahnstr. 79. Übern. ganzer Beerd.
 Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Völs, Lager fertiger Särge.
 H. Griebel, Entin, Weidestr. 14.
 G. Wackenhut, Fackelnb.
 H. Krüger, Holz- und Metallreien.

Besohnanstellen
C. Böhlich, Lübeck, Schwartau Allee 4.
 Besohnanstell. Elektrik.
 H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
Hansa J. Dettmann
 Beckergarbe 51.
 W. Hinz, Schlumacherstr. 33.
 Warendorferstr. 21.
J. Kalkbrenner, Finkenhausen 7.
 Krieger-
 schneidestr. 3.
 Johannes Voß, Hüxstr. 90.

Betten, Bettfedern
 Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 3.
 Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
 L. Duve, Große Burgstr. 32.
 J. Jürgens, Schwartauer Allee.
 Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
 Hans Struve, Königstr. 89.
 Richard Wagner, Reinfeld.
 Max Kankel, Schütup.

Brauereien
Trinkt Adler-Bier.
Alten-Deinhard Lück
 Lübecker Bürgerbräu, Brauerei
 H. Hofmann
Elbschloss, Raststr. 25.
Klein-Schloss H. A. Wulst
 Untertrave 56.
 Feinst. 1274.

**Lübecker
 Hansa-
 Bier**

Zur Walkmühle
H. Lück

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Brauereien
Chr. Bade, Hüxstr. 128.
 H. Braunbr.
Paul Flemming, Engels-
 grube 62/64.
 Elmer-, Braun- und Doppelbr.
J. Gohlbauer, Schulstr. 8. Braun-
 und Elmerbr.
Grabower Methbier 12 Fl. M. 1.30 frei
 L. Meyenborg, Warendorferstr. 52/54.

Adolf Osbahr,
 Inh. Fr. Kropf, Glockengießerstr. 37.
Braunbräu
Hermann Stamer,
 Schwartauer
 Allee No. 3b.
 Eimerb. b. Meyenborg, Warendorferstr.
F. Weiermiller Schwartauer
 Allee No. 3b.
 Eimerb. b. Meyenborg, Warendorferstr.
Heinr. Wilcken, Engelswisch 17/19.
 H. Braunbr.
Franz Langloß Schütuper
 Allee No. 3b.

Brennmaterialien
 Otto Höfke, Lübeck, Blanckstr. 14a.
 H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
 L. Wulbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung
 W. Behlendorf, Lübeck, Hüxstr. 71.

Bürsten, Kämmen
 H. Hagenström, Lübeck, Königstr. 80.
 F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdign.
 Joh. Bentin, Lübeck, Hüxstr. 42.
 Fleischhauerstr. 4.
 L. Erdmann, Fleisch- u. Wurstw. Heringe.
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
 R. Jaacks, Kupferschmiedestr. 7.
 Ob. Wahnstr. 6

C. Krapp Eierhand-
 lung
 en gros, en detail
 H. Philipp, Fackelnb. Allee 90.
 Tägl. feinste Tafelbutter.
 W. Rosten, Hüxstr. 23.
 L. Schnoor, Wagnitzmauer 82.
 J. Semrau, Braunstr. 32.
 Th. Storm Nachf., Königstr. 98. T. 473.
 en gros, en detail.
Lübecker Butter-Haus,
 Fr. Warnecke, Breitestraße 1/5.
 Wahn-
 str. 10.

Jacao, Chocol., Tee
 Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Chem. Färb., Wäsch.
 Alw. Karstadt, Lübeck, Holsten-
 str. 20. Warend.-St. 30.
 C. Moaiica, Kupferschmiedestr. 13.

Cigarrenhandlg.
 A. Burmeister, Lübeck, Fackelnb. Allee 48.
 Fackelnb. Allee 11.
 H. Böttcher, Cig. i. allen Preislagen.
Conrad Hardt
 Hüxstr. 126.
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
 M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 30.
 D. Kiecke, Königstr. 64. Ecke Hüxstr.
 Rob. Kieß, Engelsgrube 80.
 F. Langermann, Mühlenbrücke 4.
 Paul Markwardt, Seidnitzstr. 18. Ci-
 garren, garen, Tabake.
 Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
 Alb. Meyer, Engelsgrube 89.
 Heiner Möller, Holstenstr. 42.
 v. Kiecken, eig. Fabr., Schw. Allee 63.
 Königstr. 48b. „Aula“
Otto Sehlmann, hochf. 6-Pl.-Cigarre.
 Karl Schmidt, Töpferweg 70.
 Paul Thiel, Beckergarbe 31.
 Balauer-
 fohr 29.
M. Vosgerau, Balauer-
 fohr 29.
 Carl Wittfoot, Hüxstr. 18.
 With. Bähk, Entin, Lübeckerstr. 34.
 C. Braun, Cigarrenfabr., Reinfeld.
 H. Timm, Schwartau, Löh-Str. 2

Jam.-Kleiderstoffe
 Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 3.
 Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
 L. Duve, Große Burgstr. 32.
 Hans Struve, Königstr. 89.

Jamen-Konfektion
Gebr. Hirschfeld, Breitestr. 39/41.
 Hans Struve, Königstr. 89.

Dampfwäsch-Plättanst.
Pariser Feinwäscherei Paul
 Logenstr. 3. Fernruf 1305, 529.
Groß-Dampfwäscherei „Torvek“
 Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623.
 Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
 W. Köper, Friedenstr. 60.
Hansa W. Köper, Friedenstr. 60.
 Fernruf: 2274. 69
 W. Krüger, Fackelnb., Pelzerstr. 1c.

Drogerien
 J. Becker, Lübeck, Domestr. 29.
 F. W. Busch, Roeststr. 5b.
 Haize-Drogerie, Gg. Bornhöft.
Karl Dreyer, H. Oelgart Nachf.,
 Gr. Burgstr. 44.
 W. Hohenschild, Markt 42. T. 736.
 Christoph Jensen, Pfaffenstr. 21.
 Henry Möller, Blücherstr. 21.
 Carl Meier, Schütuper Allee 1/3.
 Karl Paezel, Wickede, 3. Tel. 1487.
 Ang. Prösch, Mühlenstr. 31.
 J. Runge, Nord. Allee 6a.
 Otto Schicke, Fackelnb. Allee 70.
 H. Thielbahr, Schütuper Allee 70.
 Adler-Drogerie, Schwartau.
 H. Loppentien, Secretz.

Fahrr., Nähmasch.
H. Bade, Lübeck, Mühlenstr. 2.
 Rep.-Werkst. aller Syst.
H. Benthien, Fackelnb.
 Allee 53.

Fahrr., Nähmasch.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Rath,
 Frister & Rosmann - Nähmasch.
 Franz Busse, Wahnstr. 42.
 Rich. Israel, Alstr. 31.
 Otto Dortmund, Schwart. Allee 99.
 Eig. Repar.-Werkst.
 Heiner Körner, Lübecker Fahrräder.
 Hugo Meier, Wahnstr. 21.
 St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier,
 Arminstr. 12a.
 Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig
 Johs. Meyer, Königstr. 51.
 O. Störzner, Mangeln, Wäsch- u. Wringm.
 Friedenstraße 1.
Th. Vedder, Sämtliche Repara-
 turen für Fahrräder u. Nähmasch.
 werden gut und billig ausgeführt.
 Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
 Johs. Marcks, Schütup.
 Schwartau, Lüb.-St.
 H. Krohne, 71 Rep. Sämtl. Ersatzl.

Farben u. Lacke
 With. Bandholtz, Lübeck, Hüxstr. 92.
 Fackelnb., Fackelnb., „Bandol“.
 J. Becker, Dornestr. 29.
 Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.
 Hansa-Drogerie, Karl Mayer,
 Fackelnb. Allee 10.
 Reichhaltiges Lager mod. Tapeten.
 Heiner Heickendorf, Markt 15/16.
 W. Hohenschild, Marlstr. 42. F. 736.
 Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
 Henry Möller, Blücherstr. 20.
 Ang. Prösch, Mühlenstr. 38.
 J. Runge, Moisinger Allee 6a.
 Otto Schicke, Fackelnb. Allee 70.
 Hr. Thielbahr, Schütup, Lüb.-St. 66.
 Adler-Drogerie, Schwartau.

Fleisch- u. Wurstw.
Emil Aland,
 With. Schmidt Nachfgr., Lübeck,
 Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
 Paul Boldt, Wahnstr.
 Hans Gerds, Elswigstr. 1a
 H. Aufschnitt.
 Prima Fleisch- u. Wurstwaren.
 Chr. Gipp, Moisinger Allee 4.
Johs. Heick, Kohlmarkt 14.
 Spezialität: Prima Fischwaren.
 Beckergarbe 30.
Carl Joost, Wurstfabrik. T. 1450.
 Sadowastr. 35. Erst-
 klassige Ware billig.
 Oscar Keil, Schwartauer Allee 65.
 C. Klein, Pfaffenstr. 14.
 Heiner Kohl, Moisinger Allee 57.

W. C. Koepcke,
 Schlachtereier und Wurstfabrik,
 Klingenberg N. 374. Telefon 489.
 ff. Aufschnitt- und Fleisch-Waren.
 Braunschweiger Wurstfabrik
 Heinrich Kronsbein, Travemünde-
 str. 26/28. Tel. 1439; Hansastr. 95.
 Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurst-
 waren. Spezialität: Aufschnitt.

L. Kuntzel, Blücherstr. 22. Pa.
 Fleisch- u. Wurstw.
 W. Lemcke, An der Mauer 41a.
 Glockengießerstr. 73.
 F. Mörrck, Kupferschmiedestr. 68.
 Warendorferstr. 53.
Willy Nib, Ecke Schwarz. Allee.
 Holstenstr. 22.
 Fernr. 1249. Sp.
 ff. Aufschnitt.
Josef Paetz, Wurst-Fabrik,
 Mühlentstr. 27.
 Pa. Fleisch- u. Wurstwaren.
 Bankwärtgr. 46. Wurst-
 fabrik mit elektr. Betr.
Georg Rehder, Hüxstr.
 79.
 Gr. Burgstr. 37.
 Telefonnr. 1772.
 Christ. Scheel, Westhofstr. 33.
 H. Schmalfeld & W. Mamerow,
 Reiferstr. 26. Telefon No. 2152.
 Jul. Schuber, Gr. Burgstr. 55.
 Ob. Trave 7.
 Carl Tiedt, Telefon 971.
Gust. Wietzke, Mühlenstr.
 81. Pa. Fl.-u.
 Wurstwaren.

Ernst Zachow, Georg-
 str. 37.
Heinr. Steer, Entin, Kiekerstr. 34.
 Pa. Fleisch- u. Wurstw.
E. Martens Moisinger,
 Nur gute Ware.
L. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2.
 Pa. Fleisch- u. Wurstw.
Heinr. Ahrendt, Schütup.
 Schlachtereier und Wurstfabrik.
Franz Winkler, Schütup,
 Lüb.-Str. 31.
 Prima Fleisch- u. Wurst-Waren.

Friseur, Partum.
 Heilmuth Koch, Lübeck, Burgstr. 6.
 Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
M. Lauck, Wahnstr. 71.
 Frau Ad. Richter, Wwe. i. St. Johannis-
 Ang. Schmitt, Ratzebg. Allee 44.
 A. Litzschok, Moisinger,
 f. Wieschendorf, Schwartau, Lüb.-Str. 46.
 B. Adler, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Galant-, Spielwar.
Lonis Jop, Lübeck, Breitestr.
 53a. Vorteilh. Bez.
 Ouelle f. sämtliche Geschenkartikel.
 C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.
 Raths Central-Bazar, Oldesloe.
 M. Kranz, Schütup, Wesloerstr. 11.
 Jacobus Kieker, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Gardinen, Teppiche
 Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
 Hans Struve, Königstr. 89.

Gelegenheitskäufe
 Willy Janssen, Lübeck, Böttcherstr. 31.

Glas und Porzellan
A. F. Römling, Lübeck,
 Märkerstr. 16.
 Tel. 1136. Glas, Porzellan u. Steingut.
 Gebr. Steder, Hüxstr. 95

Gold-, Silberwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck
 Hüxstr. 25.
 A. Braun, Goldschmied, St. Petri 15.
 Johs. Tollgreve, Goldschm., Königstr. 92.

Handels-Lehranst.
Björkman Lübeck, Beckergar. 181.
 Behördl. genehmigt.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwärtgrube.

Gummi-, Bandag.
 F. W. Busch, Lübeck, Roeststr. 5b.
Wassels Gummi-Spezial-
 Gesch. Breitestr. 60

Haus-u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackelnb.
 Allee 34a.
J. F. B. Grube, am Markt.
 Carl Hartmann, Glandorferstr. 2.
 Hüxstr. 116. T. 1159.
W. Klüssendorf, Sp.: Gaskr., Kocher
 u. Platten, Blech-App., Bade-Ein-
 bernhd. Neumann, Balauerfohr 12.
 Paul Reher, Tunkenhagen 5.

Riesenbazar P. Cagna
 Breitestr. 33.
 Vort. Buz.
 Holstenstr. 34. Sp.:
 Emaille-Geschirre.

C. Rittscher Holstenstr. 34. Sp.:
 Emaille-Geschirre.
 Gebr. Steder, Hüxstr. 95.
 E. Winkelmann Nachf., Entin.
 F. Vester, Neuhof b. Reinfeld.
 Raths Central-Bazar, Oldesloe.
 With. Maaß, Reinfeld.
 M. Kranz, Schütup, Wesloerstr. 11.
 Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Franzen & Co., Lübeck,
 Holstenstr. 15.
 Albert Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Putzbach & Reimers, Breitestr.
 25.
 Hans Struve, Königstr. 89.
 Rudolph Karstadt, Entin.
 Johannes Hansen, Oldesloe.
 A. Lenz, Oldesloe, Besitzerstr. 10.
 Ch. F. Stahmer, Reinfeld.
 Max Kankel, Schütup.
 J. Ramm, Schütup.

Hüte und Mützen
 Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
 Breite-
 str. 20.
Lorenz Richter, Breite-
 str. 20.
Walter Stabohm, str. 26.
 Hans Struve, Königstr. 89.
 Johs. Tralow, 11 ob. Wahnstr. 11.
 Spezial: Pelzwaren.
 Ang. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
G. Woltmann, Breitestr. 27.
 Hüte, Mützen, Schirme.

Kolonial-, Fettwar.
 H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 32.
 Otto Bähk, Friedenstr. 76.
 Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Friedr. Berger, Warendorfer-
 str. 32.
 Johann Bentin, Hüxstr. 42.
 J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
 Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.
 Johs. Bredde, Dankwärtgr. 37.
 Reinh. Biesen, Arminstr. 1a.

Aug. Dibbert,
 Tunkenhagen 20. Vorteilh. Bezugs-
 quelle für Tonwaren, Pantoffel.
 F. Doß, Gr. Gröpelgrube 19.
 Heiner Franck, Wahnstr. 67.
 W. Fischer, Schwökenquerstr. 11.
Georg Hartkopf, Adlerstr. 38.
 Fritz Hartmann, Krähnenstr. 12.
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
 Heiner Heickmann, Warend.-Str. 72.
 Otto Höfke, Blanckstr. 14a.
 Carl Hudofsky, Marlstr. 44.
 Johannes Kohl, Wickede, 3.
 C. Lender, Hundestr. 42.
 D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
 Heiner Lohse, Johannisstr. 65.
Ernst Löh, Spillerstr. 5.
 Hartenstraße 21.
Job. Müller, Eig. Kaffee-Rösterei.
 E. Pagels, Glockengießerstr. 71.
 V. Pals, Joh. Fick Nachf., Wahnstr. 92.
 Ecke Balauerfohr. Brauhaus.
 S. Resenhoff, Schwökenquerstr. 26.
 Emma Runge, Cronst. Allee 105.
 M. Schwang, Paulstr. 11a.
 H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
 Joh. Schwabroch, Moisinger Allee 33.
 J. Semrau, Braunstr. 32.
Joh. Timm, Schwartauer
 Allee 131a.
Carl Trösel Nachf., Fackelnb.
 Allee 55c.
F. Volkstaedt, Ecke Finkenb. 33.
 Aufschnitt, Käse.
 I. Weimann, Mühlenstr. 68.
Heinrich Wille, Lg. Loh-
 berg 1.
 H.F. Falckenhagen, Entin, Kiekerstr. 125.
 H. Lettow, Entin, Weidestr. 4.
 H. Ohde, Moisinger.

Kolonial-, Fettwar.
 Rich. Witten, Oldesloe, Langest. 24.
 Rich. Heilmann, Reinfeld.
 With. Maaß, Reinfeld.
 Karl Barkmann, Schütup.
 P. Draguhn, Schwartau, Ob.-St. 8.
 Louis Rathmann, Schwartau.
 Herm. Kadow, Secretz.
 Heiner Loppentien, Secretz.
 J. U. Kröger, Travemünde.

Kino-Salon
Biophon-Theater
 Breitestr. 52. Vornehmstes am
 Platze. Vollendetste Vorführung. leben-
 der, singender, sprechender Photogr.

Korbw., Kinderwag.
K. Schulmerich, Mühlen-
 str. 28.
 With. Oldenburg, Hüxstr. 90.
 J. Redemann, Oldesloe, Langest. 6.
 Joh. Draguhn, Schwartau, Markt 2

Kurz-, Weiss-, Wollw.
 Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
 Sand-
 str. 11.
Heick & Schmaltz, König-
 str. 71.
H. Hornbogen, König-
 str. 71.
 Friedr. With. Koch, Holstenstr. 7.
 Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
 M. Schläger, Glockengießerstr. 44.
 Hans Struve, Königstr. 89.
 O. Sünnewald, Lindenstr. 39.
 Max Wischendorf, Hüxstr. 123.
 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. 12.
 H. Ohde, Moisinger,
 Hugo Lüh, Reinfeld, Bahnhofstr. 1.
 J. Ramm, Schütup.

Lederwaren, Koffer
 Alex. Krock, Lübeck, Königstr. 47.

Manufakturwaren
 Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
 Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
 L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
 Feldmeier, Stump & Eiberfeld.
 J. Jürgens, Schwartauer Allee.
 Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
 Hans Struve, Königstr. 89.
Theodor Vagt, Funken-
 hagen 1.
 J. Behrens, Entin.
 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. 12.
 J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
 Johannes Hansen, Oldesloe.
 Hugo Lüh, Reinfeld, Bahnhofstr.
 Max Kankel, Schütup.
 Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
 K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.
 Schaan, Schwartau.

Movelmagazine
 Gustav Busch, Lübeck, Alstr. 21.
 Vorteilh. Bezugs-Qu.
Carl Polkers, Märkerstr. 25. Fern-
 ruf 734. Gr. Ausw.
 bill. Preise. Weitestgeh. Garant.
 Liefgr. frei Haus auf eig. Mühleweg.
 Möbel-Fabrik,
Mintze & Stech, Moisinger Allee 60.
 Detail-Verkauf in der Fabrik.
 Königstr. 50.
C. Kaphengst, Vortlh. Bezugsqu.
 B. Lux; Märkergrube 51.
J. Pamperin Mühlenstr. 47.
 St. Annenstr. 20.
 Wohnungseinrichtungen z. billigen Pre.
 Georg Topp, u. gut erhaltene Möbel.
 G. Wackenhut, Fackelnb.
 B. Gerick, Malente, Bahnhofstr. 46.
 H. Hoffmann, Reinfeld, Bahnhofstr.
 H. Burmeister, Schütup, Lüb.-St. 68.
 Herm. Pinzel, Schwartau.

Molkereiprodukte
 Hansa-Meierei ist die
 Amme Lübecks u. der Umgegend
 von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld
 Inh. Paul Rieker, Vorteilhafte
 Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
 Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144.
 Milch und ff. Molkereiprodukte.

Musikwaren
 H. Haller, Lübeck, Markt 3, Kohlmarkt 12.
Musikhaus Jack, König-
 str. 96.
 F. W. Kaibel, Breitestr. 40.
Meyer & Eggert, König-
 str. 116.

Obst u. Südfrüchte
K. Christoffersen, Lübeck,
 Holstenstr. 42.
 Sophie Aster Wwe., Fischergr. 49.
 Amanda Voß, Lg. Lohberg 50.

Optik u. Mechanik
 Hugo Meier, Lübeck, Wahnstr. 21.
Carl Volger, Optisches-Spezial-
 geschäft,
 56 Breitestr. 56.

Empfehlensw. Restaur.
 Wacknitz-Strand, Lübeck, Blanckstr. 35.
Gasthof am Kreuzweg.
 E. Cordts, Secretz.

Ross-Schlächter.
 Heiner Bibow, Pa. Roßfleischwaren.
 H. Dieckhoff, Sp.: Roßfleischwaren
 Logaystraße 8.
 Markt - ff. Beet-
 steaks u. Gebäck-
 teile frisch v. Eis.

die mit der Durchführung der Zahlung beauftragten Personen werden, soweit nicht die Bestimmungen des Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen, mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Ablehnung der „Erwerbssteuer“ erfolgte gestern in der Sitzung des Bürgerausschusses mit 14 gegen 12 Stimmen, und zwar wurde mit dieser Stimmenzahl die Überschrift abgelehnt. Die Überschrift der Senatsvorlage „Gewerbesteuer“ wurde mit 18 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Zur Vornahme der Einzelberatung über die vom Bürgerausschuss auch in ihren Einzelbestimmungen zu beachtende Senatsvorlage wurde eine außerordentliche Versammlung auf Freitag, den 25. d. M., vormittags 11 Uhr angesetzt. Unsere beiden Vertreter im Bürgerausschuss stimmten sowohl gegen die ebenso ungerechte wie volks- und gewerbesteuerfeindliche Gewerbesteuer als auch gegen die vorgeschlagene Erwerbssteuer, die nur die erwerbenden, dem Staate besonders nützlichen Kreise treffen, dagegen die Rentner freilassen will. Dabei wendet der Staat gerade im Interesse dieser Leute große Summen für Konzerte, Theater, Travemünde u. a. auf. Ganz erobert ist das „Tageblatt“ darüber, daß unsere Genossen nicht für die geplante ungerechtfertigte Steuerpolitik zu haben sind. Es faucht:

„Bei der Gewerbesteuer fand sich Stimmengleichheit, bei der Erwerbssteuer war ein negierendes Mehr von zwei Stimmen vorhanden. Auf diese Weise ist die Erwerbssteuer für Lübeck abgetan. Wir stehen jetzt vor dem Muß des alten Objekts Gewerbesteuer! Durch die Schuld der Sozialdemokratie, deren im Bürgerausschuss sitzende Vertreter (2) beide Steuerreformen in ihrem alten Fanatismus ablehnten, ist die Handels- und Industrieabgabe Lübeck vor das Dilemma gestellt, eine Handels- und industrieindische Steuer auszuschreiben, um nur den Staatshaushaltsbedarf zu decken. Das ist eine unerwartet schlimme Wendung der Dinge!“

Dieser Erguß einer edlen Freisinnigkeit ist wirklich rührend. Also Lübeck steht vor dem Muß einer handels- und industrieindischen Steuer, weil die Sozialdemokratie gerecht genug denkt, um reiche Rentiers nicht von Lasten freizulassen, die man den erwerbstätigen Kreisen aufzuladen gedenkt. Warum treten die Freisinnigen denn nicht für eine höhere Besteuerung der großen Einkommen oder für eine Vermögenssteuer ein? Dann wäre das schlimme „Muß“ doch mit einem Male aus der Welt geschafft. Natürlich ist das Gejammer des Tagesblattes nicht tragisch zu nehmen. Wer weiß, ob die Freisinnigen nicht am Ende ganz gern wieder einmal umfallen. Ihr „Programm“ steht ihnen ja nicht im Wege. Bezeichnend ist es immerhin, daß mehrere freisinnige Bürgerausschussmitglieder bei der Abstimmung im Bürgerausschuss nicht zugegen waren. Bei einer so ernstlichen Sache berührt das doch mindestens seltsam. Besser als nachträgliche hochtrabende Redensarten ist manchmal ausdauerndes Sitzfleisch. Zum Schluß wollen wir dem „Tageblatt“ noch ins Stammbuch schreiben, daß für die Haltung der Sozialdemokratie nicht die Wünsche und Rationnements einiger Freisinniger maßgebend sind, sondern das Bestreben, die Steuerlasten gerecht zu verteilen. Darin unterscheiden wir uns allerdings sehr wesentlich vom Bürgerertum.

Der Bürgerausschuss genehmigte gestern einstimmig einen Antrag des Senates, der verlangt, daß der Militärkommission des Senates zur Verteilung an 78 in Lübeck wohnhafte, aber einem hiesigen Kriegerverein nicht angehörende Kriegsveteranen in Anlaß der 40. Wiederkehr des Tages von Sedan nachträglich ein Betrag von 3900 Mark zur Verfügung gestellt und daß diese Summe auf Abschnitt XIX a der Ausgabenliste des laufenden Staatsbudgets angewiesen werde.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 23. November 1910, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Wiederholte Beratung des Antrages von Th. Schwarz und Genossen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, anlässlich der übermäßig hohen Fleischpreise, seinen Vertreter beim Bundesrat zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Grenzsperrung für die sofortige Einfuhr von Jungvieh, Schlachtvieh und Fleisch auf das für den Seuchenschutz unumgänglich nötige Maß herabgesetzt werde und 2. die Vieh- und Futtermittelzölle aufgehoben werden. 3. Antrag von Dr. med. Ziehl und Genossen: Auf Grund des Artikels 45 der Verfassung ersucht die Bürgerschaft den Senat um Auskunft darüber, ob der Bürgerschaft noch im Laufe dieses Jahres ein Antrag des Senates auf Einführung einer zweiten Lesung zugehen wird. 4. Anträge des Senates: 1. Bewilligung von Mitteln für die Anstellung von Schulärzten für die Jahre 1911 bis 1913. 2. Aufhebung der Lehrereinstellungsanfrage. 3. Zulassung von Abiturienten von Oberrealschulen zur ersten juristischen Prüfung. 4. Bewilligung von Mitteln zur Fortsetzung des läbeckischen Urkundenbuchs und zur Anstellung eines zweiten akademisch gebildeten Beamten beim Staatsarchiv. 5. Verkauf eines an der Straße „Bei der Lohmühle“ belegenen Arealis an W. Lorch. 6. Anstellung eines Baderkommisars in Travemünde. 7. Befolgungsetat für die Beamten der Zollverwaltung. 8. Errichtung eines Stalles bei der Quarantäneanstalt. 9. Verlängerung der Stellleitung in der Kaiser-Allee zu Travemünde. 10. Erlass eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 2. März 1908, die Erhebung einer Straßenbauabgabe betreffend. 11. Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der Postenortstraße und den Kantanlagen auf der Wallhalbinsel. 12. Erlass eines Nachtrages zu der Bekanntmachung vom 23. März 1910, betreffend den Bebauungsplan von Moisling. 13. Pflasterung der Moislinger Allee.

Volkszählung am 1. Dezember 1910. Das Statistische Amt beginnt heute mit der Zustellung der Zählpapiere an alle, die das Amt eines freiwilligen Zählens übernommen haben, und wird sie bis zum Schluß der Woche beenden. Bei Verteilung der Zählbezirke ist möglichst auf die Wünsche der Zähler Rücksicht genommen; immer war das allerdings nicht möglich, z. B. nicht, wenn ein und derselbe Bezirk zweimal und mehrmals erbeten war. Zur weiteren Vorbereitung der Zählung finden noch drei Zählerversammlungen statt: am Sonnabend, dem 26. November, in der Aula der St. Lorenz-Knaben-Mittelschule, am Montag, dem 28. November, im „Bürgerverein“ und am Dienstag, dem 29. November, im „Turnerheim“. Die Zähler werden dort nochmals kurz über ihre Obliegenheiten unterrichtet werden; außerdem wird ihnen Gelegenheit gegeben, Fragen zu stellen und auf etwaige Zweifel, zu denen die Zählpapiere Anlaß geben, Antwort zu erbitten. Der Beginn sämtlicher Versammlungen ist auf 8 Uhr abends festgesetzt.

Weihnachtsfestungen. Die Reichs-Postverwaltung richtet auch in diesem Jahr an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsfestungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr aufhäufen. Bei dem außerordentlichen Ansturm des Verkehrs ist es nicht tunlich, die gewöhnlichen Beförderungsfristen einzuhalten und namentlich auf weite Entfernungen eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtsfeste zu übernehmen, wenn die Pakete erst am 22. Dezember oder noch später eingeleistet werden. Die

Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Etwaige auf dem Verpackungsmaterial vorhandene ältere Aufschriften und Beteiligungen müssen beseitigt oder unkenntlich gemacht werden. Die Benutzung von dünnen Pappplatten, schwachen Schachteln, Zigarettenkästen usw. ist im eigenen Interesse der Absender zu vermeiden. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weichen Papiers, das der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier; dagegen dürfen Formulare zu Postpaketenadressen für Paketadressen nicht verwandt werden. Bei in Leinwand verpackten Sendungen mit Fleisch und anderen Gegenständen, die Feuchtigkeit, Fett, Blut usw. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketadresse muß sämtliche Angaben der Postpaketadresse enthalten, also auch den Frankoerwerb, bei Paketen mit Postnachnahme den Betrag der Nachnahme sowie den Namen und die Wohnung des Absenders, bei Einpaketen den Vermerk durch Gilboten usw., damit im Falle des Verlustes der Postpaketadresse das Paket doch dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach großen Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Postbezirk (C., W., S. O. usw.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Verkehrs trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankiert aufgegeben, d. h. die zur Frankierung erforderlichen Marken schon vom Absender auf die Postpaketadresse aufgeklebt werden. Die Versendung mehrerer Pakete mittels einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 12. bis einschließl. 24. Dezember weder im inneren deutschen Verkehr noch im Verkehr mit dem Ausland — ausgenommen Argentinien — gestattet. Nach Argentinien können auch in dieser Zeit mehrere, jedoch höchstens drei Pakete, mit einer Postpaketadresse versandt werden. Gemeinschaftliche Einlieferungsbescheinigungen über mehrere gewöhnliche Pakete werden — abgesehen von Sendungen nach Argentinien — in der bezeichneten Zeit nicht ausgestellt.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich heute vormittag in der Engelsgrube. Der Fuhrwerksbesitzer Streckert, der auf dem Boock seines Wagens saß, kollidierte mit einem Milchwagen, dessen hinterer Teil zertrümmert wurde. Durch den Zusammenstoß scheuten die Streckert'schen Pferde. Dieser selbst kam zu Fall, geriet unter die Räder und wurde getötet.

Störung der Schifffahrt auf dem Elbe-Trave-Kanal. Wegen Beschädigung des Klapptores der Donnerkloose ist der Elbe-Trave-Kanal für den durchgehenden Schiffsverkehr geschlossen worden. Wie lange die Störung dauern wird, steht noch nicht fest.

Handelsregister. Am 23. November ist eingetragen: bei der Firma S. Sachs in Lübeck: Feklinger Inhaber: Kaufmann S. F. Brück in Hamburg. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten auf den Erwerber Brück ist ausgeschlossen.

Genossenschaftsregister. Am 23. November 1910 ist eingetragen bei der Firma: Lübecker Vereinsbrauerei, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Der Hotelbesitzer H. Babendererde in Lübeck ist aus dem Vorstande ausgeschlossen.

Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Ueberrhein, zuletzt Hamburg, Niesstraße 81, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, Zwangsverwalter in Lübeck, Kiel und in Lüneburg ist Dienstag nachmittags 2½ Uhr Konkurs eröffnet worden. Verwalter: beidigteter Bücherrevisor Julius Selges, Raboisen 108, Hamburg.

Konkurs über das Vermögen des Händlers Bruno Rah in Lübeck, Weckergrube 61, ist am 22. November 1910, nachmittags 12 Uhr 5 Min. das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann D. von Schack zu Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt. — Über das Vermögen des Wädherrbesizers Friedrich Wilhelm Wieders in Borwerk, alleiniger Inhaber der Firma Groß-Dampfwäscherei Borwerk Gebr. Wieders, ist am 22. November 1910, nachmittags 1½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt H. Brehmer in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Ein Phänomen konnten Dienstag nacht fünf Minuten nach 12 Uhr, wie uns berichtet wird, verschiedene Straßenpassanten beobachten. Am diese Zeit erhellte sich das Firmament in östlicher Richtung plötzlich tageshell. Nach kurzer Dauer war die auffällige Naturerscheinung vorüber.

pb. Festgenommen wurden 2 Heizer vom norwegischen Dampfer „Forsted“, die im angetrunkenen Zustande den Gehorsam verweigerten und gegen den Kapitän, den Steuermann und den 1. Maschinenführer tätlich wurden.

pb. Die Betrügerin, die sich am 17. ds. Mts. in der Sandstraße 3 Blusen erschwandte, hat sich am selben Tage in einem andern Geschäfte in derselben Straße 1 Handtasche, 1 Pompadour, 1 Portemonnaie, 1 Haarband, 1 Necessaire, 1 Nagelfeile und 1 Bebeke erschwindelt.

pb. Gestohlene Uhr. Am 9. d. Mts. ist eine goldene Damenuhr mit Klappdeckel, der Fabriknummer 53098 und den Buchstaben „E. W.“, im Werte von 250 Mk. abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag kommt Bucciinis erfolgreiche Oper „Madame Buterfly“ (Die kleine Frau Schmetterling) zur Wiederholung. — Am Sonnabend gelangt bei kleinen Preisen das romantische Schauspiel „Das Käthchen von Heilbrunn“ von Heinrich von Kleist zum letzten Male zur Aufführung.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Am Freitag abend 8 Uhr wird das „Jbsen-Theater“, Internationale Tournee Maria Nehoff ein einmaliges Ensemble-Gastspiel absolvieren und zwar mit dem gemaltigen und letzten Werke des großen Norwegers Henrik Jbsen „Wenn wir Loten erwachen“. Das interessante Gastspiel findet bei gemäßigten Preisen statt, jedoch haben Dugendkarten keine Gültigkeit.

Reisefeld. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl errang die Liste der Sozialdemokraten den Sieg. Es entfielen darauf 213—222 Stimmen; auf die Liste des Mittelstandes 52—66 Stimmen. Die Bauern vereinigten 61—62 Stimmen auf ihre Liste. Von 400 Wählern übten 333 Wähler ihr Wahlrecht aus. Trotzdem die Bauern mit dem Mittelstand zusammengingen, konnten sie uns die Mandate nicht entreißen. Wir sind nun mit acht unserer Kandidaten im Gemeinderat vertreten, von denen einer aber nicht in Frage kommt weil er ein Bauer ist, und jedenfalls zu seinem Stande halten wird. Er mußte von uns aber gewählt werden auf Grund des Dreiklassen-Wahlgesetzes, das durch die Verhältniswahl noch einmal gestiftet ist.

Travemünde. Ein Unfall ereignete sich gestern vormittag gegen 11 Uhr auf dem Schulischen Hotelneubau in der Godewindstraße. Dort lag das Dampfgerüst in Länge von 10 Metern ab, wobei ein Maurer aus reichlich 12 Metern

Höhe in die Tiefe stürzte. Das Gerüst wurde von dem schweren Gestirnsstück durchschlagen. Glücklicherweise schienen die Verletzungen, die der Mann erlitt, nicht sehr schwer zu sein, denn er konnte sich ohne Hilfe nach seiner in Dassow belegenen Wohnung begeben.

Wahlensitz. Die Gemeinderatswahl, welche am Dienstag stattfand, endete mit dem Siege der bürgerlichen Kandidaten. Es wurden insgesamt 152 Stimmen abgegeben; davon erhielten Kandidat H. Bries 148, Klemmermeister W. Höft 148, Dr. Furthmann 104, Fabrikant Jungclausen 92 und Kaufmann W. Müller 88. Die Stimmengabe unserer Genossen gestaltete sich folgendermaßen: Gastwirt Fr. Streehle 61, Zimmerer R. Westphal 47 und Arbeiter F. Wugfeldt 48. Einige Stimmen verpflückten sich. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 60 Prozent. Ist uns auch noch der Erfolg verlagert geblieben, so ist das Resultat doch nicht so unbefriedigend, wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokratie sich in Wrensböl erstmalig selbständig an den Gemeinderatswahlen beteiligt. Eifrige Aufklärungsarbeit ist allerdings noch nötig, wenn es bei der nächsten Wahl gelingen soll, unsere Kandidaten durchzubringen.

Altona. Das Resultat der Stadtverordnetenwahlen ist zugunsten der bürgerlichen Parteien ausgefallen. Nach den vorläufigen Feststellungen erhielten Justizrat Löwenthal 6994, W. Paris 6048 und J. H. Mohr 6064 Stimmen, während unser Genosse Durck 4178 und Genosse Sieverts 4215 Stimmen erhielten. Auf den Erbschaftmann Genossen Lund entfielen 4174 Stimmen. Die bürgerlichen haben also diesmal noch gesiegt — aber „das war kein Sieg in offener Schlacht“.

Altona. Drei ausgelegte Kinder wurden im Hause Bürgerstraße 37 gestern früh morgens aufgefunden. Es sind ein vierjähriger Knabe, ein dreijähriges und ein etwa neun Monate altes Mädchen. Nach den Angaben des Knaben hatte die Mutter die Kinder schon abends in das Haus gebracht und ihnen eingeschärft, sie sollten sich dort ruhig verhalten, bis sie sie wieder abholen werde.

Neumünster. Bei der Stadtverordnetenwahl am Mittwoch ist es den Gegnern unter äußerster Anstrengung und Aufpeitschung aller der lässigen Wähler gelungen, ihre zwei Mandate, die zur Wahl standen, wieder zu erringen. Bis zur Mittagszeit hatten unsere Kandidaten, die Genossen Rechnungsführer Dienau und Geschäftsführer Hannemann, 400 Stimmen mehr auf sich vereint als die bürgerlichen Kandidaten. Da begann man, sämtliche Post- und Bahnbediensteten, an denen Neumünster gerade nicht arm ist, direkt zum Dienst zur Wahlurne zu schleusen, und so kam es denn, daß die Gegner unter Aufbietung aller Reserven es auf 1189 bzw. 1190 Stimmen brachten, wir dagegen mit 1093 und 1082 Stimmen in der Minderheit blieben.

Kiel. Sozialdemokratischer Sieg bei der Stadtverordnetenwahl! Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen wurden vier Bürgerliche und vier Sozialdemokraten gewählt. Ausgeschieden war von den Sozialdemokraten nur einer, Genosse Adler, der wiedergewählt wurde. Außerdem wurden neu gewählt die Genossen Adam, Wilhelm Brecur und Gutmann. Im 5. Bezirk (Gaarden usw.) erhielten Adam 3688, Adler 3675, die Bürgerlichen 1147 bzw. 1134 Stimmen. Im 2. Bezirk wurden für unsere Genossen Brecur und Gutmann 2670 bzw. 2677, für die Bürgerlichen 2166 bzw. 2161 Stimmen abgegeben. In den übrigen Bezirken siegten die Bürgerlichen mit Majoritäten von 337 bis 496 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war eine starke. Von den insgesamt 82 Sigen im Kieler Stadtverordnetenkollegium haben die Sozialdemokraten jetzt 14 besetzt.

Genstedt (Holstein). Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich hier. Der bei dem Fuhrer Wrage seit langen Jahren beschäftigte Arbeiter Richter fiel, als er mit Stroheinfahren beschäftigt war, herunter und geriet unter die Räder, so daß diese über ihn hinweggingen. Obwohl bald ärztliche Hilfe zur Stelle war, ist der Unglückliche nach wenigen Stunden seinen schweren Verletzungen erlegen.

U Aurich. Streik der Brauereiarbeiter in Aurich. In der Ufersbrauerei in Aurich wurden zwei seit Anfang der Brauerei dort beschäftigte Arbeiter wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen. Zwei Tage später wurden jedoch dafür zwei betriebsfremde Arbeiter eingestellt. Der wirkliche Grund ist also nicht Arbeitsmangel, sondern ein anderer. Bei der gepflogenen Unterhandlung plakte der Unternehmer mit dem wahren Grund heraus: weil die Arbeiter im Sommer auch ihren Kopf durchgehakt haben. Gemeint ist die angestrebte Lohnerhöhung. Nach Aussage Ufers sollen in den nächsten Tagen weitere fünf Arbeiter angenommen werden. Darauf legten die übrigen Arbeiter die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Aus Genia.

Recht nette Wegeverhältnisse bestehen augenblicklich in unserm Ort; während die Straße in der Mitte des Dorfes noch einigermaßen passierbar ist, erlebt man aber ein blaues Wunder, will man nach den neuen Häusern am Wege nach Borrade. Es ist sozusagen unbegreiflich, wie die Anwohner hier überhaupt ihre Wohnungen erreichen können, zumal jetzt bei dem täglich niederschlagenden Regen, und wenn dann noch einige Bauern-Mistwagen den Weg passiert haben, dann kann man tatsächlich bis an die Rinde im Morast versinken. Es ist gänzlich unverständlich, wie die Baubehörde, die doch sonst nicht so leicht die Erlaubnis zum Bauen erteilt, wenn nicht alles am Schnürchen geht, hier die Erlaubnis erteilen konnte, ohne daß an dem Wege auch nur irgend etwas geschieht. Man sollte meinen, daß doch wenigstens ein Fußpad zu den Häusern führen müsse, aber nichts von alledem. Es ist sogar schon oft vorgekommen, daß die Schulkinder im Dreß stecken geblieben sind. Im Interesse aller Anwohner liegt es, daß hier bald Abhilfe geschaffen wird. Mehrere Anwohner.

Getreidepreise.

Lübeck, 23. Novbr.
Weizen, 125—130 Pfd. holl. 180—185 Mk. Roggen 115—122 Pfd., neuer holl. 180—140. Gerste, nach Qualität 130—145 Mk. Hafer, nach Qualität, 140—152 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meter-Verbandes.
Hamburg, 23. November
1. Klasse 295 Drittel zu 129,21 Mk. im Durchschnitt.
2. „ „ 27 „ 118,75 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul König, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

„Komitee- und
Kommissionssitzungen“

Transportarbeiter!
Festkomitee
Freitag abends 8 1/2 Uhr.

Für die bewiesene herzliche Teil-
nahme und zahlreichen Kranzspenden
beim Ableben meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters, herzlichsten
Dank Ganz bestens Herrn Pastor
Stüden für die trostreichen Worte.
Vielen Dank auch seinen vorgelegten
Beamten, Kollegen und Lehrlingen
der Fabrik Coers u. Miesner, sowie
den Kameraden vom Metallarb.-
Verb., überhaupt allen Nachbarn,
Bekanntem und Verwandten.
Caroline Keilhagen, geb. Sager,
und Kinder.

Zu sogleich oder später mehrere
feinbl. Wohnungen, sehr preis-
wert, an ordentl. Leute. Näh. bei
Schnepel, Wasserweg 2, Mühlent.

Zum 1. Jan. eine kleine Wohnung
zu vermieten. Preis 160 Mk.
Näheres Dornestr. 24.

Tücht. Tabakarbeiterin
auf halbe Tage zu sofort gesucht.
A. Riecken, Schwartauer Allee 68.

Gefunden ein Portemonnaie mit
Inhalt. Abzuholen abends nach
8 Uhr. Gr. Klesau 13 L.

Beltsachen werden gut und billig
gefüttert. Wiedestr. 52 II.

Ich nehme den gegen Frau Holst
geäußerten Vorwurf der ehelichen
Untreue unter dem Ausdruck des
Bedauerns zurück. Zahle 10 Mk.
an den Verein für Krankenpflege
durch evangelische Diakonissen, zu
Händen des Herrn Lh. Subrman, zu
große Durgstr. **Elise Wehr**.

Hasen-, Kanin-, Wildfelle,
sowie Pferdehaare
kauft zu den höchsten Tagespreisen
D. Wagner, Solitenstraße 8.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Freitag, 25. Novbr.
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Gen. Diez über:
Alkoholfrage und Gewerkschaften.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Der Wahre Jacob

Illustr. humoristisch-satirische Zeitschrift
mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von B. Heymann.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

Der Ratgeber

für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle
Angelegenheiten; praktischer Hausarzt
und Rezeptbuch nebst einem Anhang
enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechts-
schreibung, Zinsberechnungs- u. andere
Tabellen. — 1200 Illustrationen und
Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 3,50 Mk.
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zur gefl. Benachrichtigung!

Einem geehrten Publikum hiermit die ergebene Mitteilung, dass mit dem heutigen Tage mein
unter der Fa. **S. Sachs** betriebenes Möbel- und Warenkreditthaus mit allen Rechten an Herrn **Franz
Brück** übergegangen ist. Das mir in überaus reichem Masse entgegengebrachte Wohlwollen bitte ich, auf
meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Lübeck, den 21. November 1910.

Paul Ellend.

Auf obige Bekanntmachung meines Vorgängers Bezug nehmend, gestatte ich mir, mein neu erworbenes
Geschäft, die Firma

Schmiedestr. 2 S. Sachs Schmiedestr. 2

Lübeck

in empfehlende Erinnerung zu bringen. Durch gemeinsamen Einkauf für **S eigene Geschäfte** in Lübeck,
Hamburg, Kiel, Gaarden, Rostock, Hannover, Wilhelmshaven und Bremerhaven bin ich in der Lage, meinen werten
Kunden stets die grösste Auswahl und billigsten Preise zu bieten, und wird es mein Bestreben sein, mir die
Gunst des Lübecker Publikums durch besonders reelle Bedienung zu erwerben und zu erhalten.

S. Sachs Franz Brück

Schmiedestr. 2, pt. I, II, III. Lübeck. Schmiedestr. 2, pt. I, II, III.

Lager und Werkstellen: Schmiedestr. 1.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10
Markt 4
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:

Leberhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlosserhosen	1.88—5.25
Aberziehhosen	1.08—2.35
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Kragen, Hemden, Schlachter-
jacken, Kreiseljacken, Malermäntel
erkantlich billig. Mägen von 30
Pf. bis 1.88 Mk. Note Lübeckam.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 27. November,
von nachmittags 4 1/2 Uhr ab:
Zusammenkunft
im „Gewerkschaftshaus“
Gäste willkommen.
Der Jugendauschuss.

Volkszählung.

Zur Besprechung der am 1. De-
zember vorzunehmenden Volkszäh-
lung finden folgende Zählerver-
sammlungen statt:

1. Sonnabend, den 26. Novbr.,
in der Aula der St. Lorenz-
Knaben-Mittelschule.
 2. Montag, den 28. November,
im „Bürgerverein“.
 3. Dienstag, den 29. November,
im „Turnerheim“.
- Alle Versammlungen beginnen
abends 8 Uhr.
Lübeck, Ende November 1910.
Das Statistische Amt.

Hansa-Theater

Täglich abends 8 1/2 Uhr:

Gastspiel des
Wiener Kunst-Theaters.

Künstlerische Leitung:
Karl Langhammer.

Neu! Neu!
Die Überzähligen.

Volksstück in 4 Akten
von R. Nordmann.

Vorzugskarten
haben Gültigkeit.

Stadthallentheater.

Freitag, 25. Novbr. Abds. 8 Uhr.
Gewöhnl. Pr. Dutzend, ungültig.
Einmal. Gastsp. d. Ibsentheater
Internat. Tournee Maria Rehoff
mit eigenem Ensemble!

Wenn wir Toten erwachen.

Schauspiel von Henrik Ibsen.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14 und
Roh, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Freitag, 25. November. 7 1/2 Uhr.

Voll-Abonn. 61. Freitag-Ab. 11.

Madame Butterfly

(Die kleine Frau Schmetterling).

Oper von G. Puccini.

Sonabend, 26. Nov. 7 1/2 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Das Käthchen von Heilbronn.

Romant. Schauspiel von Meiß.

Zu Vorbereitung! Neu!

Die geschiedene Frau.

Operette von Leo Fall.

Vorläufige Anzeige!

Dienstag, 29. Novbr. Abds. 7 Uhr.

Ausnahmew. d. gewöhnl. Op.-Pr.
Schauspiel des Kgl. Kammertheaters
Alois Pennarini
vom Stadttheater in Hamburg.
Isenhengrin. Oper von Wagner.

Total-Ausverkauf

wegen gänzlicher Aufgabe dieser Artikel.

Herren-Anzüge Herren-Paletots

:: Herren-Gehrock-Anzüge ::

Buckskin- und Arbeits-Hosen

Knab.-Anzüge u. Knab.-Paletots

mit **30-50 Proz. Rabatt.**

Wer Geld sparen will, benutze diese
:: günstige Einkaufsgelegenheit. ::

Putzbach & Reimers

Breitestraße 25, Eckhaus Pfaffenstraße.

Außerordentliche

Mitglieder - Versammlung

der
Bauarbeiter Lübecks u. Umgeg.

am Freitag, d. 25. November 1910,

abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Stellungnahme zum Deutschen Bauarbeiter-Verband.
3. Weihnachtsfeier 1910.
4. Bericht der Tariffkommission.
5. Inneres und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.